

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Sieg über eine Provokation

In der deutschen Geschichte hat sich ein folgenschwerer Präzedenzfall ereignet: Der für „öffentliche Sicherheit“ zuständige Repressionsapparat der BRD - in Berlin vertreten durch den Ex-Chef der als Verfassungsschutz getarnten Politischen Polizei, Innensenator Werthebach (CDU), und den ihm unterstellten Polizeipräsidenten Saberschinsky - hat das neue Jahrhundert mit einer Provokation eingeleitet. Die für den 9. Januar 2000 geplante Demonstration zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde unter einer angeblichen oder echten Drohung eines konstruierten oder herbeigesehten „Einzeltäters“ durch die Machtorgane gerade jenes Staates verboten, der - von Mogadischu bis Offenbach - äußerste Härte demonstriert und stets feierlich gelobt hat, er werde vor Erpressern keinen Schritt zurückweichen. Unfähig oder unwillig, den friedlichen Marsch und die stille Ehrung der LL-Demonstranten aus dem gesamten Spektrum der deutschen Linken und ihrer zahlreichen ausländischen Freunde zu schützen - bei Neo-Nazi-Aufmärschen klappt das immer vorzüglich! -, griff die Diktatur der Bourgeoisie zu einem schabigen Trick: Um die traditionsreichste und bei weitem größte linke Demonstration Deutschlands unter Ausnahmerecht stellen zu können, schoben die Behörden einen - laut B1-Abendschau - „verwirrten Brandstifter“ vor: einen Mann mit offenbar manischer Abneigung gegen die PDS. Die Polizei habe „schon seit Monaten erfolglos nach ihm gefahndet“, wurden die exzellenten ermittlerischen Qualitäten der vom Steuerzahler ausgehaltenen Organe beschrieben. Ein „verwirrter Brandstifter“ - wer denkt da nicht unwillkürlich an einen jungen Holländer namens Marinus van der Lubbe, der im März 1933 „rein zufällig“ im brennenden Reichstag angetroffen und später, wegen Brandstiftung verurteilt, gehängt wurde? Natürlich liegt uns nichts ferner, als die polizeiliche Fürsorgepflicht der Herren Werthebach und Saberschinsky mit jenen weit zurückliegenden Geschehnissen zu vermengen, und vielleicht ist jener ebenfalls feuerbewanderte „Demo-Erpresser“ mit dem Phantom-Namen Olaf Jurgen Staps gar ein weniger dumpfer Typ als der andere Luntener, doch in den Kopf kommt einem die rein äußerliche Analogie schon. Immerhin lieferte „Staps“, der sich nach dem Erhalt des

abschlägigen Wohnungsbescheids einer PDS-Bau-Stadträtin mit Bomben, Handgranaten und Maschinenpistolen ausgerüstet haben soll, den Vorwand für die größte politische Provokation, die in Deutschland seit dem Karlsruher KPD-Verbot vom August 1956 gestartet wurde. Ihr Ziel besteht darin, nach erfolgter Übersiedlung der Bonnzokratie an die Spree ganz Berlin BRD-kompatibel zu machen. Zuerst mal nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs - sieht man von den Jahren der Hitlerschen Schreckensherrschaft ab - wurde die Tradition legaler LL-Demonstrationen unterbrochen. Das ist eine Zäsur!

Demo und Gedenken wurden von der Polizei für den Tag der ersten Anmeldung „abgesagt“, wie Gregor Gysi mild und feinsinnig formulierte. Abgesagt?

Die Demonstration fand im Friedrichshain trotz eines massiven Polizei„einsatzes“ mit Reiterstaffeln, Panzerfahrzeugen, Wasserwerfern und anderer „Räumtechnik“ statt. Der Staat fuhr sein Unterdrückungsarsenal gegen das Volk auf, prügelte, was das Zeug hielt, ließ Hunderte abschleppen, zeigte seine Bürgerkriegsvisage. Doch auf der Karl-Marx-Allee, am Lenin-Platz und vor dem alten ND-Gebäude erklangen die Lieder des Kampfes, wehten die roten Fahnen der Antifa, der DKP, der KPD, vieler anderer Gruppen und auch der PDS-Genossen, die nicht kapituliert hatten. Jener wahren Sozialisten, die am Tag der Unterdrückung und Gefahr den feigen und duckmäuserischen Anordnungen ihrer Zentrale, dem Geschwafel einer Petra Pau und den Demobilisierungsaufforderungen der mit ihren weißen Armbinden wie Hilfspolizisten wirkenden PDS-Ordner nicht gefolgt waren.

Am 9. Januar 2000 wurde die Freiheit der Andersdenkenden dort verteidigt, wo die heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Wollenberger-Lengsfeld und deren Kumpagne einst der Konterrevolution mit ihren Parolen den Weg bereiten wollten.

Die Demo, mit der sich Tausende das Recht auf die Straße erkämpften, und das beherzte Verhalten auch der vielen Unbeirrten, die in Friedrichsfelde die gemeinsamen Absperketten von Polizei und PDS bedrängten, waren ein großer moralischer Sieg aller, die vor der schleichenden Faschisierung nicht zurückweichen. In diesem Geist zogen dann am 15. Januar erneut viele Zehntausende zu den Gräbern von Karl und Rosa S.R.



Sieg über eine Provokation	S. 1
Bilanz und Ausblick	S. 2
Ein Sumpf ohne Ende	S. 3
Asyl für Gelmut?	S. 4
Vor 50 Jahren wurde das MfS gegründet	S. 5
Was Honecker im Himmel liest	S. 6
„Wege in die DDR“	S. 7
Unsere Partei ist nicht mehr dieselbe...	S. 8
Quo vadis, PDS?	S. 9
Ein paar Nummern zu groß	S. 9
Jauchzet-frohlocket	S. 10
Die Lüge vom „Generationenproblem“	S. 11
Proletariat auf Thailands Niveau?	S. 12
Der Geist von Clabecq	S. 13
Unsinnige Vereinfachungen	S. 14
Ein nüchternes Urteil	S. 15
Realitätssinn und Optimismus	S. 16
Die SPD und die Reichen	S. 17
Zu Fragen des Leninismus	S. 18
Post von Ela	S. 19
* Reporterskizzen (20)	
Ernst Busch zum 100.	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Freispruch für Erich Gaida	S. 23
Termine & Anzeigen	S. 24

Vor zwei Jahren schnürte der erste „RotFuchs“ aus dem Kessel

Bilanz und Ausblick

Die Nr. 1 unserer Zeitschrift erschien im Februar 1998. Sie umfaßte gerade einmal 8 Seiten. Die Beiträge stammten vom Redakteur und vier weiteren Autoren. Schon mit der zweiten Ausgabe wuchs die Seitenzahl auf 12 an, ab Nr. 4 betrug sie 16, um ab November 1998 24 Seiten anzunehmen. Heute wird sie von einem großen Kollektiv ständiger Mitarbeiter gestaltet, zu dem auch der Layouter, die Redaktionssekretärin, die Buchhalterin sowie die mit Herstellung, Vertrieb und Versand befaßten Genossinnen und Genossen gehören. Der „RotFuchs“, der von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost herausgegeben wird, war von Beginn an als ein vorwiegend theoretisch orientiertes Blatt auszumachen, das entschieden marxistisch-leninistische Positionen vertritt. Wie man an Autoren und in hunderten Briefen zu Wort gekommenen Lesern erkennen konnte, entwickelte er sich über enge lokale Horizonte hinaus zu einem Forum ost- und westdeutscher Kommunisten, Sozialisten und anderer revolutionärer Linker.

Daß „der Osten“, wie Eike Kopf in Nr. 22/99 schrieb, dabei „ein spezifisches Gewicht“ besitzt, das sich im „RotFuchs“ niederschlägt, ja, niederschlagen muß, steht dem nicht entgegen, sondern ergibt sich aus der historischen Pflicht derjenigen, die erstmals 40 Jahre Sozialismus auf deutschem Boden praktizierten, ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Daß diese Aufgabe nur in enger Zusammenarbeit der aus der DDR stammenden Kommunisten mit ihren Genossen aus der alten BRD bewältigt werden kann, steht außer Frage. Anders als durch den Zusammenfluß dieser beiden Erfahrungsströme wird die DKP nicht zu einer einheitlichen Partei mit Einfluß und Prestige in Ost und West werden. Von Lenin wissen wir, daß dazu vor allem die politisch-ideologische Einheit erforderlich ist und ein „organisatorischer Hut“ wie Lothar Geisler im UZ-Magazin (Dezember 1999, S. 46) salopp formulierte, nicht ausreicht. Dabei müssen DKP-Funktionäre wie dieser Autor, dem die DDR „ein fremder Staat, nicht meine Heimat“, sondern „immer Ausland“ war, noch einiges hinzulernen. Die Lücke kann auch durch „knallrote Grüße“ nicht kompensiert werden.

Aufschlußreich ist, wie sich der Kreis unserer Bezieher und Mitleser, den wir nach vorsichtiger Schätzung auf wenigstens 5 000 Personen veranschlagen, zusammensetzt. Etwa 80 % gehören der PDS und ihrem Umfeld an, rund 10 % sind Mitglieder und Sympathisanten der DKP, die übrigen kommen aus der KPD oder sind nichtgebundene Linke. Nach Aussagen, die auf den Leserbriefseiten des „RotFuchs“ ihre Bestätigung finden, gehen Exemplare unserer Zeitschrift in zahlreichen Kollektiven, vor allem der PDS-Basis, von Hand zu Hand, werden Beiträge, aber auch ganze Ausgaben vielerorts kopiert. Das widerspiegelt die Tatsache, daß wir einen echten Beitrag zur Bündnispolitik unter Linken leisten. Dem Ziel, revolutionäre Kräfte zusammenzuführen, diene auch die aktive Mitarbeit,

die der „RotFuchs“ bei der Vorbereitung und Durchführung der bedeutsamen Konferenz leistete, die von der Zeitschrift „offensiv“ unter dem Motto „Zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ der DDR am 20. und 21. November 1999 in Berlin veranstaltet wurde.

Regelmäßig werden nicht wenige Abonnenten in europäischen und außereuropäischen Ländern versorgt. Und wenn kürzlich ein nicht unbekannter Opernsänger, der der DDR oft kritisch

gegenüberstand und sie am Ende sogar verließ, der Redaktion in einem Anruf aus der Schweiz mitteilte, er habe den „RotFuchs“ in Laufenburg an der BRD-Grenze in einem Café gefunden und bitte fortan um Zusendung, dann mag auch das die Resonanz verdeutlichen, die wir mit unseren Themen selbst außerhalb Deutschlands auslösen.

Wenn auch der „RotFuchs“ - wie die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Brandenburg kürzlich in einem einstimmig gefaßten Beschluß urteilte - „klar marxistisch-leninistische Positionen vertritt“, „zur Stärkung der DKP beiträgt und die Unterstützung des Parteivorstandes verdient“ (RF, Nr. 22/99), stießen wir bei Genossen des DKP-Vorstandes und der UZ-Redaktion leider nicht auf die Sympathie, die wir erwartet hatten. Obwohl es in letzter Zeit Anzeichen dafür gibt, daß - offenbar unter dem Eindruck schlüssiger Argumente - in einigen grundsätzlichen Fragen (Rolle der DDR, Rechtsentwicklung in der PDS, Haltung der FKP-Führung u.a.) eine gewisse Annäherung an unsere diesbezüglichen Standpunkte erfolgt ist, gibt es auf ideologischem Gebiet in der DKP noch prinzipielle Meinungsunterschiede, die kameradschaftlich, offen und solidarisch weiter ausdiskutiert werden müssen. Dazu gehören die Zweifel an der Universalität der Leninschen Partei-, Staats- und Revolutionstheorie, Positionen eines „Dritten Weges“ (These des PV: 1989/90 sei „die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme versäumt“ worden), Zögern bei einer konsequenten Einschätzung des historischen Platzes der DDR, verworrene Sozialismus-„Vorstellungen“ usw.

Das alles spiegelt sich besonders auch im jüngsten UZ-Magazin wider. Andererseits erscheinen in der UZ auch Beiträge, die ein hohes Maß an Wissenschaftlichkeit und historisch-materialistischer Exaktheit aufweisen, z.B. der Artikel von Hans Heinz Holz „Verkörperung der Widersprüche“ (17.12.1999, S. 15).

Der „RotFuchs“ widmet sich der kompromißlosen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, tritt gegen opportunistisch-revisionistische Erscheinungen in der PDS und anderswo auf, setzt sich für die Bewahrung des revolutionären Erbes der DDR ein und analysiert die reichen Erfahrungen wie die Ursachen der Niederlage des Sozialismus, um nur einige Schwerpunkte zu nennen. Seit seiner Nr. 1 trägt er zur Klärung theoretischer Grundfragen bei und behandelt Themen, denen sich die UZ entweder gar nicht oder kaum zuwendet.

Nach einer Zeit des Totschweigens (entgegen der parteiüblichen Praxis, jede noch so kleine Zeitung vorzustellen, wurden die Leser der UZ nicht mit dem „RotFuchs“ vertraut gemacht) nahm man uns zur Kenntnis, was allerdings eher in der Form abwertender Bemerkungen seinen Ausdruck fand, auch wenn der Adressat meist nicht beim Namen genannt wurde. Natürlich sind wir, und in erster Linie die Autoren und Leser des „RotFuchs“ aus dem Osten, gemeint, wenn bei Lothar Geisler von „kollektivem Wundenlecken“, gebetsmühlenartiger „Wiederholung“, „allgemeiner Formeln“ und von „Kampfparolen“ die Rede ist, wenn die richtigen Gedanken der Genossin Bruni Steiniger auf dem 14. DKP-Parteitag über die notwendige Verschmelzung unterschiedlicher Erfahrungen besitzender Kommunisten aus Ost und West vom Autor des UZ-Magazin-Artikels als „Vermanschen“ zu „einer Legierung“ diffamiert werden. Übel wird es allerdings dann, wenn uns LoG mit den im Sprachgebrauch negativ besetzten und abqualifizierten Landsmannschaften vergleicht, wenn er schreibt, daß wir (und natürlich sind wir gemeint) „in unserem öffentlichen Auftreten den Anschein einer sozialistischen Landsmannschaft für Traditionspflege und Gedenkveranstaltungen erwecken“. Allerdings geniert sich dieser Genosse dann nicht, im selben Satz, „Fingerspitzengefühl, Verständnis für den anderen“ und „eine solidarische Streitkultur“ einzufordern(!).

Was uns betrifft, so werden wir die kommunistische Streitkultur im Sinne der Klassiker auch künftig beibehalten. Sie geht davon aus, daß es in ideologischen Fragen keine Kompromisse gibt. Sie können weder durch Abstimmung noch durch Mehrheiten entschieden werden. Es geht um die Richtigkeit der Antwort auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus. Wer uns „eigene Positionen“ unterstellt und - wie Genosse Koberg - mit dem „RotFuchs“ ein „Problem“ hat, für das er „Lösungen suchen“ will, sollte nicht bestrebt sein, unser selbständiges Denken einzuschränken. Die Niederlage von 1989/90 hat uns gelehrt, aufrecht, kritisch und selbstkritisch, ohne uns Asche aufs Haupt zu streuen, weiterhin den Beitrag, den wir mit der Gestaltung der DDR für die sozialistische Zukunft der Menschheit geleistet haben, zu bewerten. Dabei bitten wir Autoren und Leser um noch größere Unterstützung bei der Erweiterung der Themen und der Schärfung des Profils unserer Zeitschrift. Neue originelle Schreiber und Karikaturisten sind gefragt.

Damit komme ich, mit schlechtem Gewissen, weil es erst am Ende meines Beitrages geschieht, und ich diesen wichtigen Aspekt früher hätte einordnen sollen, zu unseren Leserbriefen. Sie sind das Schatzkästlein unter den „RotFuchs“-Rubriken. Die Verfasser schreiben überwiegend in der besten Tradition von Arbeiter- und Volkskorrespondenten einer kommunistischen Zeitschrift. Das ist vielleicht die höchste Form des proletarischen Journalismus. Möge dieser Quell nie versiegen.

Gerhard Feldbauer

Prügelknabe Kohl oder die Büchse der Pandora

Ein Sumpf ohne Ende

Zur Zeit wird Helmut Kohl entsorgt, Stück für Stück vom Denkmal des „Schwarzen Riesen“ bröckelt ab. Gegen den „Kanzler der deutschen Einheit“ wird wegen Untreue ermittelt; dabei sind Gesetzesbruch, Verfassungsbruch und Bruch seines Amtes im Gespräch. Wahrscheinlich ist ihm zuzugestehen, daß er sich nicht persönlich bereichert hat. Fast ist man geneigt, ihn in Schutz zu nehmen. Aber gewiß, er nahm und gab. Auf Parkplätzen empfingen seine Gewährsleute Bares und transportierten es in Koffern weiter. Die Empfänger waren Politiker, Abgeordnete und darbenende Kreisvorstände der CDU in der DDR: Sie wußten nicht, wie sie „die ersten freien Wahlen“ vom März 1990 finanzieren sollten. Willfähige Anhänger wurden auf Parteitag geschmiert, damit sie auch ja „richtig“ abstimmten. Einer - namentlich bekannt - wurde sogar von der CDU bestochen, damit er seine entscheidende Stimme zur Abwahl Willy Brandts lieferte. Ein kleiner Kreis Verschwiegener war tätig, um Spenden an vertrauenswürdige Parteigänger zu verteilen; politische Entscheidungen mußten beeinflusst werden (keiner wagt mehr von „Wandlitz“ und von „Privilegien“ der DDR-Führung zu sprechen!). Aber wer waren die Spender, die ihren Willen mit Bestechungsgeldern parlamentarisch in die Wirklichkeit umsetzten?

Heinrich Böll sprach schon früh von einem „regelrechten Bargeld-Porno“. Selbst der „SPIEGEL“ titelte einen Enthüllungsbericht vor Jahrzehnten: „Die gekaufte Republik“. Der Jesuitenpater Prof. Oskar v. Nell-Breuning, mir noch von seinen Vorträgen im Kloster Walberberg und als Interview-Partner bekannt, klagte bereits Ende der 50er Jahre: „Die CDU hat ihr Christentum schon lange ausgeschwitzt.“ Das alles war vor dem „dienstältesten Kanzler“, länger als Bismarck und Adenauer. Schon Bismarck hat in horrendem Ausmaß ertragreiche Bodenspekulationen betrieben, Fürsprecher finanziert und 1871 den bayerischen König mit Goldmark bestochen, damit dieser dem König von Preußen zur Kaiserwürde verhalf. Die „Osthilfe“ der deutschen Junker verschaffte dem Reichspräsidenten v. Hindenburg das Gut Neu-Deck und machte ihn damit willig, den „böhmischen Gefreiten“, wie er Hitler nannte, mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Der Flick-Skandal schließlich betraf schon Konrad Adenauer, der uns - wie aktuell - das schöne Bekenntnis hinterließ: „Natürlich achte ich das Recht. Aber mit dem Recht darf man nicht pingelig sein!“ Also nicht alles auf Kohl schieben. Pingelig waren sie alle nicht: Leisler-Kiep, Barzel, v.

Brauchitsch, Stoltenberg, Barschel, Dregger, Albrecht, v. Hassel, Bangemann, F. J. Strauß, Höcherl, Nau, Matthöfer, Bahr, Lahnstein, Ehmke - um nur einige Prominente zu nennen, die in Akten, Büchern, Dokumentationen und Artikeln als Empfänger geheimer Zahlungen des Flick-Konzerns genannt werden - und nicht dementierten. Kohl ist nur der Prügelknabe, hinter dem sich seine Mittäter und Mitwisser verstecken wollen.

Es fällt auf, daß alle Parteien - außer KPD und DKP - illegale Finanzmittel empfangen. Und zwar vor dem angeblichen „System Kohl“. Die Zeitungsüberschrift „Schutzgeld für das System Kohl“ trifft also nicht den wahren Sachverhalt. Es ist dem völligen Mangel an Schamgefühl und Unrechtsbewußtsein der Barden des „Rechtsstaates“ zu danken, daß letztlich kaum einer und kaum etwas verschwiegen wird. So schwätzen entlarvte Täter wie Leisler-Kiep oder Brauchitsch bedenkenlos aus der Schule; es gibt eine umfangreiche Literatur; es wird hier und da ausgeplaudert - stückweise und ohne Hintergrund oder Zusammenhang. Nur: Es gibt eine (natürlich „freie“ und „unabhängige“) gesteuerte Medien-Öffentlichkeit, die die Aufdeckung von Hintergründen verhindert und den Deckel verschlossen hält, unter dem nicht nur ein „System Kohl“ gehalten wird, sondern ein System, das schlicht Kapitalismus heißt.

Die griechische Sage kennt die „Büchse der Pandora“. Diese enthält alle Übel der Welt, und ihre Besitzerin öffnete das Gefäß und ließ dessen Inhalt über die Menschheit kommen. Ab und zu wird diese Büchse der Pandora um einen Spalt geöffnet. Wie heute. Da kann Bundespräsident Rau noch so bieder eine „intensive Wertediskussion“ herbeireden; da können sich gerecht empfindende Staatsbürger ruhig mal empören; da können Richter ohne Bedenken ein paar belanglose Sprüche fällen und parlamentarische Ausschüsse „völlige Aufklärung“ ankündigen - es wird ausgehen wie das berühmte Hornberger Schießen.

Denn wir leben ja in einem Rechtsstaat - und da geht man mit dem Recht (Adenauer sei dank) nicht so pingelig um. Da wird vertuscht, verharmlost, verschwiegen, geleugnet, versprochen auf Teufel komm raus und was Zeitungspapier und Ätherwellen hergeben.

Da werden ja auch andere Ungeheuerlichkeiten schön geredet: Ein Fischer darf frech behaupten, 1999 sei die Welt trotz 35 Kriegen „friedlicher geworden“. Da wählen meinungsbildende Journalisten einen SPIEGEL-Augstein zum „Journalisten des Jahrhunderts“ - vor Kisch, Ossietzky, Tu-

cholsky! Da verkünden Zeitungen einen „Tiefstand der Krankmeldungen“. Da darf ein Fernsehsender berichten, eine Milliardärsfamilie habe sieben Weihnachtsbäume „zur Probe schmücken lassen“ und sich schließlich für einen zum läppischen Preis von 35 000 DM entschieden. Freue dich, o Christenheit ...

Da wird nun die Büchse der Pandora wieder mal um einen Spalt geöffnet und schon sind die Beschwichtiger da. Korruptierer und Korruptierte, Beteiligte wie Wolfgang Schäuble und der in kriminelle Machenschaften an der Spitze der Hessen-CDU verstrickte Ex-Innenminister Manfred Kanther, beteuern ohne rot zu werden, die Korruption müsse „schnellstens und rückhaltlos aufgeklärt werden“; „soziale Gerechtigkeit“ sei „das Ziel der Regierung und natürlich auch der Opposition, wird verkündet; die Arbeitslosigkeit werde nun aber wirklich und wirksam bekämpft; die Völkerverständigung sei das Anliegen aller Politik (deshalb wohl wurde zur Jahrhundertwende aus der Siegesgöttin eine „Friedensgöttin“; wer weiß schon, daß die nun mit dem Speerschen „Lichtdom“ angestrahlte Berliner Siegestsäule als Symbol des Sieges über Frankreich 1871 errichtet wurde und daß die drei Ringe aus 99 vergoldeten französischen Kanonenrohren - Kriegsbeute - bestehen? Da werden sich die Franzosen aber gefreut haben ...)

Ist das alles Grund für „Politikverdrossenheit“, fragte scheinheilig ein Fernsehkommentator. In Berlin soll es vergangenes Jahr über 4 000 Demonstrationen gegeben haben. Die Teilnehmer waren nicht verdrossen; aber sie marschierten getrennt - und für sehr unterschiedliche Anliegen und Interessen.

Die Büchse der Pandora jedoch, der aus jedem Spalt ein großes und größtes Übel entflucht, ist voll des Grund Übels, wie immer es sich nennen mag: „Freiheit“, „Demokratie“, „Neoliberalismus“, Kapitalismus. Der Polizeiterror gegen die Demonstration am 9. Januar, der dazu beitragen sollte, die „Reichshauptstadt“ von Antifaschisten freizuschlagen, bestätigt nur Rosa Luxemburgs These in ihrer Junius-Broschüre: „Geschändet, entehrt, im Blute watend und von Schmutz triefend - so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gehemmt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt - als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“

Karl-Eduard von Schnitzler

Diskrete Anfrage bei Boris Nikolajewitsch

Asyl für Gelmut?

Moskau (W. Clausner - Eigenbericht für „RotFuchs“) Wie hier durch eine Indiskretion bekannt wurde, arbeitet die Kremloverwaltung derzeit an einem Erlaß des amtierenden russischen Präsidenten, der eine zu Herzen gehende Männerfreundschaft krönen soll. Anlaß dazu war der Brief einer ehemals hochgestellten Persönlichkeit aus Oggersheim (BRD-Land Rheinland-Pfalz) an einen unweit Moskaus in der Staatsdatscha Gorki 9 ansässigen Pensionär. Dieser, bis zum 31. Dezember noch im Besitz des berühmten Koffers mit den Einsatz-Codes für die strategischen Kernwaffen Rußlands, wandte sich an seinen Nachfolger im russischen Präsidentenamt mit der dringenden Bitte, die vertrauliche Anfrage seines deutschen Duz- und Saunafreundes Gelmut M. wohlwollend zu prüfen.

Nach der Anrede „Teurer Freund Boris Nikolajewitsch!“ heißt es in Passagen des aus Deutschland eingegangenen Briefes, der dem Moskauer „RotFuchs“-Büro jetzt vorliegt, u.a.: „Während Dein Abgang von der politischen Bühne komfortabel honoriert wird, bin ich von schönem Undank betroffen. Man behandelt mich wie einen Pariah ... Du genießt laut Präsidentendekret lebenslange Immunität - also nicht nur für alles, was Dir an Sünden aus bisheriger Tätigkeit angekreidet werden könnte, sondern sogar auch für Missetaten, die Du möglicherweise noch begehst. Dich darf kein Prokurator jemals befragen, auf welche Weise und in welcher Höhe jene Konten bei Schweizer Banken entstanden, die - wie man munkelt - von Dir und Deiner Familie nicht nur materielle Sorge fernhalten, sondern Euch für alle Zeiten eine Lebensführung sichern, wie sie abgedankten Monarchen rechtens zusteht. Mir hingegen sitzen hiesige Staatsanwälte wegen einiger läppischer Beträge im Nacken, über die ich einst nicht zu eigenem, sondern vor allem zum Nutzen meiner Partei diskret verfügte. Sie werden jetzt plötzlich in Schwarze Konten umgemünzt. Mit der doppelten Buchführung aber habe ich doch nichts anderes getan, als nach jenem Motto zu verfahren, daß Dir noch aus Deinen Politbürotagen gut bekannt sein dürfte: Alles für die Partei - und besonders ihre Führung!

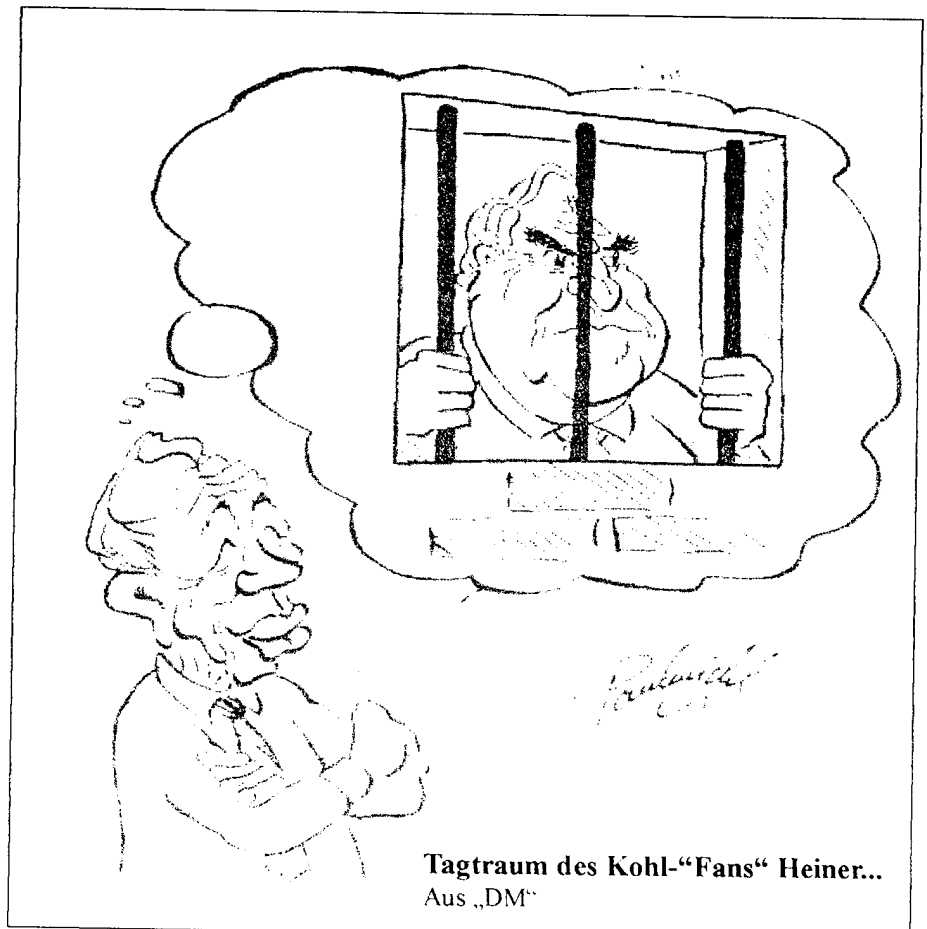
Dir bleiben peinliche Verhöre wegen der palastartigen Datschen erspart, die auf Dein Geheiß hin dutzendweise für Dich und die Deinen errichtet wurden. Sogar eine Zaren-Kathedrale hast Du Dir in Moskau errichten lassen. Kein Staatsan-

walt und kein Gericht dürfen Dir zu nahe treten, weil Du in der guten Absicht, die junge russische Demokratie zu retten, das zwar gewählte, aber unbotmäßige Parlament 1993 mit ein paar Panzerwägelchen zusammenschießen liebest. Und auch wegen des ersten und schiefgegangenen Tschetschenien-krieges von 1994, bei dem Du den Part des Oberkommandierenden spieltest, blieb Dir erspart, zu später Rechenschaft gezogen zu werden.

Dir wurde, was ich neidlos von ganzem Herzen begrüße, auf Lebenszeit eine Leibwache zugestanden. Mir hingegen wollen politische Neider und Mißgünstlinge das teuerste Kleidungsstück entreißen, das mich bisher beschützte: den Mantel der Geschichte, den ich vor einem Jahrzehnt beherzt zu ergreifen verstand. Zudringlich und pöbelhaft suchen sie darunter nach Verborgenen, was sich eignen könnte, meinen Nimbus als historische Gestalt zu demontieren. Und Du wirst es nicht glauben: Es sind nicht nur rosarote Sozis, die mich infam bedrängen, nein, schlimmer noch, auch christdemokratische Emporkömmlinge reißen sich in die Phalanx derer ein, die jetzt zum Jagen blasen ...

Ach, mein lieber alter Boris Nikolajewitsch, wie ungerecht geht es doch auf dieser Welt zu. Gegenwärtig besonders in deren deutschem Teil, für dessen Vergrößerung ich so selbstlos gestritten habe. Und so drängt sich mir denn schweren Herzens, aber auch eingedenk vergnüglicher Stunden, die wir gemeinsam schwitzend in der Banja verbracht, die rettende Überlegung auf: Wäre es nicht denkbar, daß ich unter Deinen Fittichen an jener großmütigen, der russischen Seele gemäßen Geborgenheit teilhaben könnte, wie sie Dir Dein nunmehriger Status sichert? Könntest Du in diesem Sinne vielleicht einmal bei Deinem handverlesenen Nachfolger, dem noblen Herrn Ras Putin vorführen, ob mir und meiner Hannelore politisches Asyl im freien Rußland gewährt würde, sollte es noch dicker kommen und Oggersheim zu unsicher werden? Und würdest Du mir bei zustimmender Antwort, die ich mit Blick auf unser Gemeinschaftswerk erwarte, bitte die Modalitäten des Asylbewerbsverfahrens mitteilen? (Fragebögen bitte gleich beilegen).

Wie immer küsse und umarme ich Dich.
Dein Helmut



Tagtraum des Kohl-„Fans“ Heiner...
Aus „DM“

„Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht“

Vor 50 Jahren wurde das MfS gegründet

Am 8. Februar 1950 beschloß die Volkskammer der DDR, ein Ministerium für Staatssicherheit zu bilden. Seine Schaffung war ein folgerichtiger Schritt bei der Konstituierung der Organe der Arbeiter- und Bauernmacht. Damit wurde zugleich dem Hinweis Lenins entsprochen, daß eine Revolution ... „nur dann etwas wert (ist), wenn sie sich zu verteidigen versteht“. (LW 28/115) Die Einrichtung des MfS beruhte auf Erfahrungen der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie auf Erkenntnissen der UdSSR bei der Sicherung und Behauptung der Sowjetmacht.

Nun gibt es nicht wenige, die vorgeben, „Linke“ zu sein und entsprechend zu handeln, aber den im marxistischen Vokabular gebräuchlichen Begriffen „Revolution“ und „Konterrevolution“ nichts abgewinnen können. Sie versteigen sich sogar dazu, den Schutz des Sozialismus als „Perversion der sozialistischen Idee“ zu bezeichnen. Eine Perversion wäre es aber gewesen, nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition denen freien Lauf zu lassen, die unter Bruch völkerrechtlicher Abkommen im Westen Deutschlands den Imperialismus wieder aufrichteten und sich dabei derselben Kräfte bedienten, die an Völkermord und faschistischer Barbarei mitschuldig waren und nun gegen eine friedliche, demokratische Entwicklung in ganz Deutschland antraten. Die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der SBZ und späteren DDR, der endgültige Bruch mit der Nazi-Vergangenheit und der Versuch einer Alternative zur Macht der Monopole erforderten zwingend den Schutz vor äußeren und inneren Feinden, vor der Konterrevolution. Das prägte die Tätigkeit aller bei uns neu entstandenen Staatsorgane, der Parteien und Massenorganisationen. Dem entsprach auch die Volkskammer der DDR mit ihrem Beschluß vom 8. Februar 1950.

Der damalige DDR-Innenminister, Dr. Carl Steinhoff, begründete an diesem Tage den Gesetzentwurf zur Bildung des MfS mit der Notwendigkeit, der verbrecherischen Tätigkeit von Diversanten, Saboteuren und Spionen, von Mördern, Brandstiftern und anderen Gewalttätigen Einhalt zu gebieten. Die Erfüllung dieser Aufgabe diene auch der Verteidigung des Friedens.

eingliederung ihres Territoriums in das kapitalistische Herrschaftsgefüge waren Verfassungsauftrag jeder BRD-Regierung. Er entsprach den Vorgaben der Konzerne und Banken, war das Ziel von Antikommunisten und Fortschrittsfeinden aller Couleur. Dabei konnten sie auf die uneingeschränkte Unterstützung der Westmächte bauen. Die DDR auszuspionieren, sie durch Sabotage und Diversion, Terror und kriminellen Menschenhandel, durch Wühl- und Zersetzungstätigkeit, durch offene und verdeckte Handlungen von Feinden des Sozialismus zu schädigen, wo und wie es nur ging - das war die Aufgabe unzähliger Organisationen, Einrichtungen und Kräfte, die die Zerschlagung der DDR auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Die Seiten des „RotFuchs“ würden nicht ausreichen, um die Namen aller westdeutschen Einrichtungen und Gruppen aufzuführen, die an diesem Vernichtungskampf gegen den gesellschaftlichen Fortschritt auf deutschem Boden aktiv beteiligt waren. Die Liste derjenigen, die sich heute ihrer Mittäterschaft rühmen, legt Zeugnis davon ab. Hier sei nur stichwortartig erinnert an

- den unter Mithilfe der USA in die BRD hinübergeretteten faschistischen Geheimdienst, die „Organisation Gehlen“, aus der 1956 der Bundesnachrichtendienst (BND) hervorging;
- die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), die schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging;
- die „Ostbüros“ westdeutscher Parteien, den „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“, der eine hohe kriminelle Energie an den Tag legte, und andere gegen die DDR vereinte „Kampfbünde“, „Arbeitsgemeinschaften“, „Erfassungsstellen“ usw., denen es nicht an schillernden Namen gebrach, auch wenn das Geld fast immer aus den gleichen Quellen floß.

Zur historischen Wahrheit gehört, daß allein von Westberlin aus - inmitten der DDR und bei offenen Grenzen - mehr als 80 Spionage- und Agentenzentralen tätig waren. Der CIA-nahe RIAS und andere „freiheitliche“ Sender, entsprechende Zeitungen und weitere Medien des Westens überboten sich in ihren Haß- und Hetzausbrüchen gegen die DDR.

1952 wurde im Auftrag der BRD-Regierung ein „Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ ins Leben gerufen. Seine im „Grauen Plan“ und in anderen „Studien“ zu-

sammengefaßten Vorlagen zur Herbeiführung des „Tages X“, zur „Eingliederung“ der DDR in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der BRD, zur Liquidierung des Volkseigentums, der vielfältigen sozialen und kulturellen Errungenschaften sowie zur vollständigen Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse nach „Befreiung der Brüder und Schwestern in der Ostzone“ bildeten den stabsmäßigen Vorlauf für das, was sich dann ab 1990 unter der Ägide der Treuhänder vollzog. In den Archiven des MfS lagern dazu viele Dossiers, die aber, da sie für eine „Aufarbeitung der Geschichte“ im westlichen Sinne unerwünscht sind, geheimgehalten werden.

Bildung und Tätigkeit des MfS erfolgten ganz im Sinne der Worte von Friedrich Engels, die dieser in einem Brief an August Bebel, der ihnen lebhaft zustimmte, formuliert hat: „Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn ... zur Niederhaltung seiner Gegner.“ (Bebel: Aus meinem Leben, Bd. II/321)

Ja, das MfS war als Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgan auch ein Unterdrückungsapparat, wenn damit die Bekämpfung von faschistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, von Spionage und Terror, von Attentaten und anderen Gewaltakten, von Angriffen auf die Volkswirtschaft mit Schäden in Milliardenhöhe und menschlichen Opfern, von kriminellem Menschenhandel, von verfassungsfeindlichen Zusammenschlüssen oder anderen schweren Straftaten gemeint ist. Darüber fließt nur Spärliches oder gar nichts aus den vom Klassenfeind erbeuteten Archiven des MfS. Stattdessen wird die Legende von der angeblich flächendeckenden „Überwachung eines ganzen Volkes“ und der Verfolgung „Andersdenkender“ täglich neu aufgewärmt, wohlwissend, daß in der DDR nur rechtswidrige Taten verfolgt wurden. Um ein Beispiel zu nennen: Allein die Spionageabwehr des MfS hat im Verlauf ihrer Tätigkeit mehr als 5 000 durch ausländische Geheimdienste angeworbene Spione enttarnt und den Gerichten der DDR übergeben.

Das Tun und Handeln des MfS war vom Soldaten bis zum General darauf ausgerichtet, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Es sollte die Souveränität und Integrität der DDR gewährleisten, das Volkseigentum vor Schaden bewahren und allen Bürgern

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit garantieren. Das lenkte den besonderen Haß des Gegners auf das MfS und andere Sicherheitsorgane der DDR, mit denen die Staatssicherheit eng zusammenwirkte.

So war es nicht überraschend, daß mit dem Nieder- und Untergang der DDR, über deren äußere wie innere Ursachen wir weiter nachzudenken haben, eine „gesamtdeutsche“ Hexenjagd gegen die Angehörigen des MfS, vor allem auch dessen Inoffizielle Mitarbeiter, einsetzte, die nicht ihresgleichen hatte. An ihr beteiligten sich nicht wenige „Bürgerbewegte“, denen es angeblich um eine „bessere DDR“ gegangen war.

Die sozialistische Republik wurde als „Unrechtsstaat“ diffamiert. Ihre „Delegitimierung“ war offiziell angesagt. Doch nicht nur die Mitarbeiter des MfS wurden zur Zielscheibe. Alle, die sich aktiv für die DDR eingesetzt haben – also ein großer Teil ihres Volkes – sind in unterschiedlichem Grade von der Diskriminierung betroffen. Das gewollt niedrigere Einkommens- und Rentenniveau im Osten erweist sich als eine Form „kollektiver Abstrafung“. Der Rachezug der Sieger fand seinen krassesten Ausdruck in zahlreichen Gerichtsverfahren und Gesinnungsurteilen, in Berufsverböten und Einschränkungen des Wahlrechts. Der soziale Standard vieler bleibt bis heute gefährdet und bewegt sich am Rande des Existenzminimums. Noch immer gibt es Strafreiten, auch für Witwen, Waisen und Halbwaisen.

Wenn die DDR die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war und dieser für den Frieden stehende Staat auf vielen Gebieten einzigartige Leistungen erbrachte, scheint es wohl nicht vermessen – unter Berücksichtigung begangener eigener Fehler und bedauerlicher Versäumnisse – auch an den Beitrag des MfS zu erinnern. Seine Arbeit diente der Existenzsicherung eben jener DDR als sozialistischer Staat, der der Bourgeoisie vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzog.

Auch wenn die DDR-Beseitiger, -Aufarbeiter und -Nachlaßverwalter immer wieder neue Greuelmärchen erfinden: Die Tätigkeit des MfS, seiner hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter, sowie der auf Überzeugung beruhende Einsatz von Patrioten und Kundschaftern an der unsichtbaren Front waren Dienst für Frieden und Sozialismus.

Generalmajor a. D. Siegfried Hähnel

(Unser Autor war der letzte Leiter der Bezirksverwaltung Berlin des MfS)

Dank für erwiesene Aufmerksamkeit

Was Honecker im Himmel liest

Vor kurzem erschien im renommierten Spotless-Verlag wieder einmal ein bemerkenswertes Buch „Himmlicher Briefwechsel über ein versunkenes Land“ (Spotless-Reihe Nr. 109, ISBN: 3-933544-20-3) Die Autoren sind wohl bekannt: Eberhard Panitz und Klaus Huhn. Wir zitieren im folgenden aus einem Brief, den Thomas (Eberhard Panitz) von Wolke 130 599 an Johannes (Klaus Huhn) richtete. Der Absender würzte seine Epistel mit einer pikanten Episode.

Er erzählte dann doch noch selbst einen Witz: Honecker sei, da in der Hölle von eingeschworenen Antikommunisten wie Hitler, Franco und McCarthy um keinen Preis geduldet, unlängst hier in den himmlischen Gefilden eingeschwebt. Dem obersten Wolkenaufseher, Herrn Petrus, sei die Sache gar nicht geheuer gewesen und er habe Honecker unter strenger Aufsicht auf die Isolierwolke 1989 bringen lassen. Regelmäßig ließ sich Petrus vom zuständigen Unteraufseher

berichten, wie sich der H. aufführe und ob es gesichert sei, daß er hier oben keine Unruhe stifte. Nein, er sei sehr verständig, schicke sich in alles drein, lese Bücher von Marx, Engels, Lenin, Stalin, meldete der Aufseher, was Petrus nur mit einem Achselzucken und einem leichten Stirnrunzeln beim letzten Namen abtat. Zum folgenden Rapport wußte die Aufsicht kaum anderes zu berichten. H. lese nun auch regelmäßig Zeitungen, das „Neue Deutschland“, die „junge Welt“ und ein zweifellos recht revolutionäres Parteiblättchen „RotFuchs“. Petrus runzelte etwas mehr die Stirn, doch ließ es gut sein, obwohl er es bedenklich fand, daß diese Zeitungen hierher und bis in die Isolierwolke 1989 Verbreitung fänden. Beim nächsten Mal kam der Unteraufseher mit strahlendem Gesicht zu Petrus und drückte ihm einen Antragschein zum Parteieintritt sowie Abonnementzettel fürs ND usw. in die Hände und sagte: „Genosse Petrus...“

(Seiten 23/24)

Wer glaubt da an den Weihnachtsmann?

Am 24. Dezember veröffentlichte „Neues Deutschland“ auf seiner Titelseite statt der christlichen Weihnachtsbotschaft eine großformatige und sehr ungewöhnliche Zeichnung des Karikaturisten Valeri Kurtu. Sie zeigte vor einem Sternenhimmel mit Vollmond einen einzigen übriggebliebenen Tannenbaum, auf den sich allerlei Fabelgetier geflüchtet hatte. Im Vordergrund bewegte sich der Weihnachtsmann auf dieses einsame Nadelgehölz zu, um mit der Axt Hand anzulegen. Auf den Tannenwipfeln aber erwartete ihn inmitten der Schwarz-Weiß-Szene flammend rot wie er selbst – na wer? Natürlich ein munterer Rotfuchs.

Einen solchen Gruß hatten wir von der „Sozialistischen Tageszeitung“ nicht erwartet. Doch wenn sie meint, daß wir ihn verdient haben, nehmen wir ihn gerne entgegen.

Karl-Eduard von Schnitzler Meine Filmkritiken 1955–1960. Eine Auswahl

Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse; Der Teufelskreis; Schlösser und Katen; Tinko; Berlin – Ecke Schönhauser; Kuhle Wampe; Das Lied der Matrosen; Sie nannten ihn Amigo; Sterne; Ein Menschen-schicksal u. v. a.

Mit einem Geleitwort des Autors vom 7. Oktober 1999. 72 S., br., DIN A4, 15 DM.
ISBN 3-00-005190-2

Nordost-Verlag

c/o W. Metzger, Essener Str. 21,
10555 Berlin

Bestellungen über den guten Buchhandel oder direkt an den Verlag

RotFuchs

E-Mail & Internet-Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.

Ein Buch, das ein einzelner Schriftsteller nicht zustande brächte ...

„Wege in die DDR“

Es geht derzeit etwas Bemerkenswertes vor sich. Gegner des Sozialismus und wendebeflissene Lobpreiser der kapitalistischen „Moderne“ stellen irritiert fest, daß es zwar die Deutsche Demokratische Republik seit fast zehn Jahren nicht mehr gibt, wohl aber Millionen Menschen, die in ihr gelebt haben und die Erinnerung an dieses Land in sich tragen. Die DDR habe mit ihrer Abschirmung und ihren Grenzen („Mauern“) selbstverständlich auch etwas Beschützendes gehabt, woraus in der Erinnerung leicht eine Idylle werde. Gleichzeitig begünstige der scharfe Wind der Marktwirtschaft die Rück Erinnerung. Doch es sei „bekanntlich gefährlich, immer in der Vergangenheit zu leben“, schrieb das „Thüringer Wochenblatt“ am 6.1.2000. Der von ihm befragte „Historiker“ meint also, es sei „gefährlich“, sich mit Geschichte zu befassen.

Welch einen kostspieligen Aufwand treiben staatliche Einrichtungen auf Bundes- und Länderebene, politische Parteien, parteinahe Stiftungen, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, kirchliche Akademien, Institute oder einzelne Ideologen an Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen, die Gauck-Behörde, Museen, das Schulwesen sowie elektronische und gedruckte Massenbeeinflussungsmittel, um das „SED-Unrechtsregime der DDR“ als ein grausames Kapitel in der Geschichte des deutschen Volkes darzustellen. Zahlreiche, häufig nach 1949 geborene Personen leben davon, daß sie über die nicht mehr bestehende DDR „Untersuchungen“ anstellen. Toll wird es, wenn uns junge Diplomanden und Doktoranden aus dem Westen „wissenschaftlich beschreiben“, wie wir in der DDR gelebt hätten.

Kurz nach den „Feierlichkeiten“ zum 10. Jahrestag der Preisgabe der geschützten Grenze der DDR zu BRD und Westberlin und damit entscheidender Hoheitsbefugnisse erschien im GNN-Verlag Schkeuditz ein Buch, das absolut nicht „in diesen Streifen paßt“ und sich - selbstverständlich nicht aus Steuermitteln oder Spenden von Banken oder Unternehmen gefördert - gegen den offiziellen „Zeitgeist“ wendet. Es handelt sich um den ersten von drei Bänden der unabhängigen Autorengemeinschaft um Ursula Münch „So habe ich das erlebt“ und trägt den Titel

„Spurensicherung (I) - Wege in die DDR“ (ISBN 3-89810-016-1). Der 2. Band „Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“ ist übrigens schon vorher erschienen und wurde auch im „RotFuchs“ rezensiert. Der in Arbeit befindliche 3. Band soll „Leben in der DDR“ heißen.

Bei der nun vorliegenden Materialsammlung

handelt es sich um Lebensberichte, und zwar bis zur Gründung der DDR. 55 Frauen und Männer, von denen 1949 die ältesten 39 und die jüngsten 9 Jahre alt waren, haben - ohne redaktionelle Vorgaben und Eingriffe - nach ihrem Vermögen glaubwürdig und wahrhaftig Zeugnis abgelegt. Fast allen ist es gelungen, aufzuschreiben, was sie damals empfunden und gedacht haben. Hier fehlt jede „Wendetrübung“.

Ich bin sicher, viele Leser werden eigene Lebensstationen darin wiederfinden. Welcher einzelne, noch so begabte Schriftsteller oder Historiker könnte derart vielgestaltig Geschichte schreiben wie diese 55, die sich untereinander kaum kannten oder kennen? Meiner Meinung nach keiner. Darin liegt auch eine spezifische Ästhetik des entstandenen Gesamtberichts über das sich oft unter härtesten äußeren Bedingungen entwickelnde neue Leben nach dem Ende des furchtbarsten aller bisherigen Kriege am 8. Mai 1945: Indem verschiedenste Menschenschicksale abgebildet werden, entsteht zugleich ein Eindruck von dem weltgeschichtlichen Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Vor dem geistigen Auge entrollt sich eine lebendige, vielseitige, von mehreren Generationen und Angehörigen verschiedener sozialer Klassen und Schichten stammende Chronik einer Weltenwende. Sie bezeugt, daß diese von werktätigen Massen bewirkt wurde, die auf bestimmte Weise aufgeklärt, orientiert und angeleitet waren. Eine solche Umwandlung ist nicht möglich ohne das Zusammenfließen der Erfahrungen der Älteren mit der Tatkraft der Jüngeren.

Obwohl es diesbezüglich nicht nur positive, angenehme Erlebnisberichte gibt, bekennen die meisten, daß das neue Leben ohne sowjetische Hilfe nicht möglich gewesen wäre. „Der Sowjetarmee verdanke ich meine Menschwerdung“, „Im Mai 1945 begann für mich ein zweites Leben“, „Mein erstes Brot bekam ich von den Russen“ oder „Mein Weg in die DDR war mein Weg ins Leben“ - so lauten einige rückblickende Wertungen.

Am schlimmsten sei die anfängliche Hoffnungslosigkeit gewesen; der Selbsterhaltungstrieb und der Wunsch, nach Jahren des Krieges den Frieden zu erleben, wirkten jedoch inspirierend. Kommunisten waren nicht in der Mehrheit. Oft wird berichtet, daß das persönliche Vorbild von Antifaschisten die Kleinheit ihrer Zahl wettmachte. Gerade um die kompliziertesten Probleme klären und Veränderungen herbeiführen zu können, wurde damals die Darstellung von Konflikten vor einer möglichst breiten Öffentlichkeit gesucht. Der „kleinste gemeinsame Nenner“ in der Meinungsbildung sei gewe-

sen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus; daher Einheit der Arbeiterbewegung, mit der Hitlers Machtantritt 1933 hätte verhindert werden können! Die demokratische Boden-, Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform sowie die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher fanden mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung.

Auffallend ist auch die Erfahrung, daß Menschen meist nicht zu Antifaschisten, Sozialisten oder Kommunisten wurden, weil sie sich vorher mit entsprechender Literatur beschäftigt hatten, sondern weil sie aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnahmen. Um dies auch weiterhin erfolgreich tun zu können, wurde dann eine wissenschaftliche, literarische, künstlerische Untersetzung notwendig. Das Lesen, ob in der Kriegsgefangenschaft, an der ABF, in Lehrgängen oder im Fernstudium wurde zu einem Kennzeichen der sich entwickelnden antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Es wäre unsinnig, hier die Lektüre des Buches vorwegnehmen zu wollen. Möge sich ihr der „RotFuchs“-Leser selbst unterziehen; ich finde, es ist ein bemerkenswerter Spiegel für jeden, der die Jahre nach 1945 bewußt erlebt hat, und ein wichtiges Zeugnis für die Nachgeborenen. Es ist ein großer Bericht über eine revolutionäre Umwälzung. Selbst wenn sie etwa bereits 1953 konterrevolutionär abgebrochen worden wäre, würde sie schon bis dahin ihresgleichen in der Geschichte des deutschen Volkes suchen. Alle Generationen bzw. Völker, die welthistorisch einen Schritt über die kapitalistische Gesellschaft hinausgehen wollen, sollten die Erfahrungen der Entwicklung in den volksdemokratischen Ländern und in der SBZ Deutschlands von 1945 bis 1949 gründlich studieren - es lohnt sich! Ist es wirklich, wie im „Thüringer Wochenblatt“ behauptet wurde, „gefährlich, in der Vergangenheit zu leben“? Es kommt ganz darauf an, wer wie und mit welcher Absicht seine Geschichte betrachtet.

Eike Kopf

„RotFuchs“ auf CD-ROM

Für alle, die ihre Sammlung vervollständigen wollen, sind jetzt die „RotFuchs“-Ausgaben aus dem

2. Halbjahr 1999 (Nr. 18 bis 23) auf CD-ROM (für das Betriebssystem Windows) gegen eine Spende abzugeben. Bestellungen sind an die bekannte Redaktionsadresse zu richten. Bitte mitteilen, in welcher Version (Works oder Word) die Zusendung gewünscht wird.

Es ist möglich, auch die CD-ROM der Ausgaben ab Nr. 1 noch zu liefern.

Ein Insider-Wort zur Programmdebatte in der PDS

Unsere Partei ist nicht mehr dieselbe ...

Da ich noch Mitglied der PDS bin, welcher der Parteivorstand - entgegen anderer Aussagen - offensichtlich ein neues Programm verordnen will; da ich mich nicht erst seit heute mit der marxistischen Gesellschaftstheorie beschäftige; und da ich in vierzig Jahren DDR die Möglichkeit hatte, am Versuch ihrer Verwirklichung aktiv teilzunehmen, drängt es mich, in der Debatte, zu der wir aufgerufen wurden, meine Meinung zu äußern.

Ich will nicht verhehlen, daß ich bereits mehrfach erwogen habe, aus der PDS auszuscheiden, da sie heute nicht mehr dieselbe ist, die 1989/90 aus der Taufe gehoben wurde. Doch ich will mich bemühen, möglichst sachlich zu einigen Punkten in den „Thesen zur Programmatiscen Debatte“ Stellung zu nehmen.

Zur Hauptsache.

Die Aussagen in den veröffentlichten „Thesen“ unterscheiden sich merklich von denen des noch gültigen Parteiprogramms. Gefordert wird von der PDS „Bereitschaft zur Selbstveränderung“. An die Stelle eines „abstrakten Geschichtsplanes“ - ich sage es mit meinen Worten: an die Stelle des Ziels einer sozialistischen Gesellschaftsordnung - sollen „alternative Entwicklungswege“ gesetzt werden, eine „alltagstaugliche ... praktische Reformpolitik“. Was ist das anderes als Reformismus à la Bernstein? (...)

Damit die Absage an ein sozialistisches Gesellschaftsziel noch deutlicher wird, lesen wir in den „Thesen“, es gehe um eine Konzeption „für die Veränderung der bestehenden Gesellschaft“. „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ kann wohl kaum besser umschrieben werden. (...)

Zum Sozialismus-Begriff.

Für mich ist Sozialismus

- zunächst eine geniale vormarxsche Utopie;
- dann die maßgeblich von Marx, Engels und Lenin entwickelte Wissenschaft und das durch sie begründete Ziel: die neue Gesellschaftsordnung, genauer: deren erste Phase;
- von uns wurde versucht, diese Gesellschaftsordnung zu errichten; eines Tages wird sie - in anderer Gestalt - Wirklichkeit werden, wobei künftige Generationen unsere positiven und negativen Erfahrungen berücksichtigen werden, um unsere Fehler nicht zu wiederholen; sowieso werden sie unter völlig anderen Bedingungen handeln müssen;

- und schließlich ist Sozialismus die Arbeiterbewegung, sind es die Kämpfe derer in aller Welt, die sich von der Wissenschaft und vom Ziel des Sozialismus inspirieren lassen. Sozialismus auf eine „geistige Strömung“ oder ein „Wertesystem“ zu reduzieren, ist Lüge.

Doch eben „wo Begriffe fehlen, da stellt zur

rechten Zeit ein Wort sich ein“. Das Wort heißt „Moderne“. Es soll die Fronten zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischen. Wir brauchten der Gesellschaft nur die „Grundwerte“ einzuhauchen (die sich dann als die Losungen der bürgerlichen Großen Französischen Revolution entpuppen), und schon hätten wir alles Wünschenswerte. Was ist modern? Der Zeitgeschmack? Wo durch und durch wen wird er bestimmt? Bei Marx erscheint die „moderne kapitalistische Gesellschaft“ im Gegensatz zur alten Feudalgesellschaft als das damals Neue; inzwischen ist es doch das Allgegenwärtige. Das seinerzeit Neue analysierte Marx. Die Verfasser der „Thesen“ begnügen sich damit, uns zu erklären, die Gesellschaft, in der wir leben, sei mit dem Begriff „Kapitalismus“ nicht mehr „wirklichkeitsgerecht“ zu beschreiben, denn außer den „großen Katastrophen“, zu denen es gekommen sei, habe diese Gesellschaft Vorzüge wie Innovationsdrang, eine Produktivitätssteigerung „voller Chancen für gestaltende Politik“ u. dgl. offenbart, auf die wir nicht verzichten dürften. Ja, sind das denn nicht zwei Seiten derselben Medaille? Welche Triebkräfte bewirkten denn die Weltkriege? Das atomare Wettüsten? Die Auspowerung der Entwicklungsländer? Die ökologische Krise? Doch wohl derselbe kapitalistische Profitdrang, der die Produktivitätssteigerung herbeiführt! Wie kann ich dann aber das eine haben, ohne das andere mit in Kauf zu nehmen?

Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man darüber belustigt sein, wie in den „Thesen“ aus exakt definierten Begriffen Worthülsen gemacht werden. Aus Kapitalismus wird Marktwirtschaft, aus tödlicher Konkurrenz Wettbewerb, aus dem wechselnden Trumpf-Karten-Spiel der Parteien, derer sich die Bourgeoisie bedient (Faschisten nicht ausgenommen) Pluralismus, aus Klassenjustiz der Rechtsstaat (da macht es gar nichts, daß für gleiche Handlungen der eine einen Orden erhält, der andere aber ins Gefängnis geht), aus den Weltherrschaftsansprüchen der supranationalen Konzerne wird Internationalisierung ...

Natürlich ist es ein großer Unterschied, ob die Bourgeoisie ihre Diktatur mit Hilfe faschistischen Terrors oder mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus verwirklicht. Nur: Es bleibt ihre Diktatur. Auch wenn es von großem Wert ist, daß die PDS heute über eine Fraktion im Bundestag verfügt, so tritt der Nutzen für die Wähler doch nur in dem Maße ein, wie es gelingt, das Wähler-Interesse gegen das Kapital-Interesse zur Geltung zu bringen! Übrigens: Wie erklärt es sich, daß in den „Thesen“ der Faschismus-Begriff - spätestens seit Dimitroff exakt definiert - nur

noch als „NS-Herrschaft“ erscheint? (...)

Zu unserem geschichtlichen Selbstverständnis.

Bei unserem praktischen Sozialismus-Versuch (von uns hochtrabend „real existierender Sozialismus“ genannt, wären wir doch bescheidener geblieben!) handelt es sich um ein Unterfangen, das so nicht der wissenschaftlichen Gesellschaftskonzeption des Sozialismus entsprach, vor allem, weil die objektiven Voraussetzungen dafür fehlten, die dem Sozialismus immanenten Triebkräfte zu entfalten. Ressourceneinsatz und menschliche Schöpferkraft mußten vor allem auf dem Sozialismus eigentlich durch und durch fremde Ziele gerichtet werden, zum einen auf das Wettüsten, um vom imperialistischen Feind nicht „in der Wiege“ (oder im Kindesalter) erdrosselt zu werden, zum anderen auf einen sinnlosen ökonomischen Wachstumswettüampf, der nicht der allseitigen Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit, sondern dem Ziel diene, die kapitalistische Gesellschaft hinsichtlich der Befriedigung der in den Menschen von ihr geweckten materiellen Bedürfnisse zu überholen. Allerdings: Auch der Kapitalismus konnte bei gleichzeitiger Existenz sozialistischer Staaten die ihm wesenseigenen Triebe - Entfesselung von Kriegen, ungehemmte soziale Ausplünderung der Werktätigen - nicht voll entfalten. Erst heute, nach unserer Niederlage, geht wieder Krieg von deutschem Boden aus, erst jetzt können die Konzerne zur Offensive im Sozialabbau antreten (...)

Wenn die BRD-Geschichte in der PDS „verpflichtende Tradition“, die Geschichte der DDR aber pauschal als „stalinistisch geprägt“ verurteilt werden soll, dann haben ich und viele andere Mitglieder in dieser Partei nichts mehr zu suchen, dann hat A. Brie erreicht, was er erklärtermaßen wollte, nämlich die Situation für uns in der PDS unerträglich zu machen. Sein Totalitarismus-Vergleich der DDR mit dem Faschismus, die Verherrlichung des 17. Juni 53 als „Arbeiteraufstand“ und der Konterrevolution von 89 als „Sternstunde der Demokratie“, die Erklärung der SED-Tradition als „Klotz am Bein“ der PDS durch den Parteivorsitzenden - das alles liegt auf der gleichen Linie.

Übrigens: Es ist bedauerlich, daß auch im Minderheitsvotum von „Stalinismus“ die Rede ist, handelt es sich doch dabei um einen völlig unwissenschaftlichen Kampfslogan unserer Feinde, die ihn unter anderem dazu verwenden, marxistisch-leninistische Prinzipientreue zu verunglimpfen.

Ernst Heinz,

**PDS-Basisorganisation 24
Berlin-Prenzlauer Berg**

Worum sich Schwedter Sozialisten sorgen

Quo vadis, PDS?

Der Genosse Harry Below schrieb am 8. Dezember 1999 in einem Brief an den PDS-Stadtvorstand Schwedt u. a. „... mit Sorge, ja mit Erschrecken verfolge ich seit einiger Zeit sich häufende, für mich unbegreifliche Verlautbarungen führender Genossen der PDS. Sie tragen dazu bei, daß unter den Mitgliedern Unruhe und Unverständnis zu nehmen. Ich will das nur an einigen Beispielen der jüngsten Vergangenheit deutlich machen:

Genosse A. Brie läßt sich bekanntlich gern als 'Chefideologe' der PDS bezeichnen. Seine von vielen Mitgliedern schon längst nicht mehr zu begreifenden Argumente haben jüngst in Güstrow wohl einen absoluten Höhepunkt gefunden, wo er eine 'Sozialdemokratisierung' der PDS forderte. Sie sei in Bezug auf die notwendige Anpassung an die realen gesellschaftlichen Verhältnisse zwingend notwendig.

Wie kann ein Wahlkampfleiter der PDS die Genossen seiner Partei derart brüskieren? Will er einen 'Einigungsvertrag' mit der SPD vorbereiten?

Genosse Gysi scheint sich m. E. fast noch weiter von der linken Straßenseite zu entfernen. Oder wie soll sein beharrliches Buhlen um die Gunst der CDU sonst verstanden

werden? Geht es ihm und einigen anderen Genossen - selbst unter Preisgabe sozialistischer Ideale - darum, sogar mit der skandalumwitterten CDU zusammen Macht ausüben zu können?

Genosse D. Dehm hat in einer Stellungnahme zu Kritiken an seinen kürzlichen Darstellungen in der Presse u. a. erklärt, er habe nie die Selbstauflösung der DKP gefordert. Auch dieser Entgegnung muß widersprochen werden. Denn eine Partei, die sich - wie Dehm vorschlug - nicht mehr an parlamentarischen Wahlen beteiligt, verliert nach geltendem Recht ihren Parteienstatus, muß sich also selbst auflösen. Und das weiß Genosse Dehm doch wohl sehr gut.“

Zu diesen Feststellungen des Genossen Below möchte ich noch hinzufügen, daß im PDS-Pressedienst vom 26.11.1999 Thesen der Programmkommission für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms der PDS veröffentlicht worden sind, in denen das ganze Ausmaß der opportunistischen und revisionistischen Unterwanderung deutlich wird. Tatsächlich, die PDS ist keine Nachfolgepartei der SED, keine Nachfolgepartei der Bebelschen SPD und ebenso wenig eine Arbeiterpartei oder eine Partei des werktätigen Volkes. Sie entwickelt sich in meinen

Augen immer mehr zu einer bunten, revisionistisch-opportunistischen, pluralistischen Partei kleinbürgerlicher Art.

Nun möge man dazu stehen, wie man will: Die Äußerungen einer Reihe von Mitgliedern unserer Parteiführung geben wenig Anlaß zu einer anderen Auffassung. Es ist nun mal so, daß man mit geschliffenen Reden den Nerv der Massen treffen und sie für sich begeistern kann, aber in Medienaussagen, in Dokumenten u. s. w. sieht es oft ganz anders aus. Das advokatenhafte „man könnte, eventuell, unter Beachtung der Umstände, gewissermaßen, wenn die UNO ... einem Einsatz der Bundeswehr in anderen Staaten zustimmen“, erweist sich dann als die wahre Haltung.

Mich haben Parteimitglieder und besonders Parteiloose gefragt, wer von denen an der Spitze eigentlich die Partei verwirren, zersetzen und zerschlagen soll und will? Diese Gedanken habe auch ich mir seit einiger Zeit gemacht. Meine Sorge ist der Grund dafür, daß ich als überzeugter Marxist noch Mitglied der PDS bin, da ich mit meinen Möglichkeiten in ihr um ihren Erhalt als linke Partei kämpfen will, auch wenn uns ältere (SED-)Genossen manch einer als Klotz am Bein empfindet.

P.S. Genosse Below erklärte übrigens in dem zitierten Brief an den Stadtvorstand nach langem inneren Ringen zum 1. Januar 2000 seinen Austritt aus der PDS.

Günther Werzlau, Schwedt

Steckt Gregor Gysi in Bebels Schuhen?

Ein paar Nummern zu groß

Unlängst hat Gregor Gysi die Reihe seiner flotten Sprüche um ein Bonmot verlängert. Wenn es darum gehe, „Sozialdemokrat im Sinne August Bebels“ zu sein, dann beziehe er das gerne auf sich, sagte er. Ja, genau das sei er - ein Sozialdemokrat Bebelscher Schule. Eigentlich hatte Gregor bei dieser Gelegenheit seiner schon an manches gewöhnten, aber immer noch verblüfften Klientel damit nur zum soundsovielten Male sagen wollen, wie sehr er sich inzwischen oder überhaupt als Sozialdemokrat fühle - Wiederholung ist schließlich die Mutter der Weisheit! Doch theoretisch viertelgebildet und in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht sonderlich bewandert, wie er nun einmal ist, wollte sich Gysi zugleich im Glanz eines Großen sonnen und an dessen Honig saugen, ohne über seine neueste „Identifikationsfigur“ auch nur das Allernotwendigste zu wissen. Indes - der Schuh, den er sich angezogen hat, ist ein paar Nummern zu groß! Selbst in seinen letzten Lebensjahren, als Bebel bestrebt war, die auseinanderdriftende SPD durch einen eher zentristischen Kurs zusammenzuhalten, hätte er einen solchen Mißbrauch seines Namens nicht verdient.

Denn zwischen dem Arbeiterführer August Bebel und dem kleinbürgerlichen Populisten Gregor Gysi liegen Welten. Worin bestehen

die „geringfügigen“ Unterschiede?

Bebel war Klassenkämpfer - Gysi lehnt den Klassenkampf ab.

Bebel orientierte sich auf die historische Mission des Proletariats - Gysi weist der Arbeiterklasse einen Platz in den hinteren Reihen an.

Bebel war Marxist - Gysi sorgte dafür, daß die PDS in eine nichtmarxistische pluralistische Partei ideologischer Beliebigkeit verwandelt wurde.

Bebel war Revolutionär und kämpfte für die Zerschlagung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsstrukturen - Gysi erklärte, er sei „nur“ in den Fragen der Macht und des Eigentums „vom Marxismus weg“.

Bebel verkündete auf dem Dresdener Parteitag der SPD sein Credo: „Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft!“ - Gysi feiert die „Moderne“ und sucht „Lösungen im Rahmen des kapitalistischen Systems“.

Bebel war ein Mann von bestechender Integrität, ein Verfechter der Einheit von Politik und Ethik, ein Wahrer von Grundsätzen - Gysi gibt seiner Partei nicht nur ständig neue Rätsel auf, sondern verkauft - das Kunkeln mit der CDU beweist es - ohne Erröten notfalls auch Haus und Hof.

Ist dieser Mann, wie er behauptet, ein Sozialdemokrat von Bebelschem Maß? Wer wagt

es, den großen Alten so zu verkleinern?

Da ist Dietmar Bartsch, der glatte und karrieristengesichtige Bundesgeschäftsführer, mit seinem Vorschlag, den inzwischen nach Münster vergebenen nächsten PDS-Parteitag stattdessen im rheinischen Bad Godesberg abzuhalten, doch viel ehrlicher. Er strebt dorthin, wo sich die SPD mit ihrer Absage an den letzten Zipfel von Bebels Rock einst den moralischen Todesstoß als Arbeiterpartei selbst versetzt hat. Indes - sein Vorschlag, diesen Offenbarungseid schon jetzt zu leisten, wurde von der Mehrheit der PDS-Oberen scharf zurückgewiesen. Noch nicht zeitgemäß! Nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen, hieß es. Lieber den Bebel huckepack nehmen! Auf der Beratung machte übrigens ein kluger Spruch die Runde: Die PDS sei „die Fortsetzung der Sozialdemokratie mit ostdeutschen Mitteln“. Frei nach Clausewitz.

Noch ein letztes Schmankerl: Im Dezember hat Gysi sein plötzliches Engagement „gegen einen raschen Haftantritt“ im Falle von Egon Krenz genutzt, um wieder einmal zu zeigen, wes Geistes Kind er ist. Der „Skandal“ bestehe darin, riet er dem imperialistischen deutschen Staat in einem Interview, „daß man falsche Politik nicht als falsche Politik e n t l a r v t, sondern sie strafbar macht“.

Ein Sozialdemokrat von Bebelschem Schrot und Korn? Wohl kaum. Ist es nicht an der Zeit, Gysis politische Falschmünzerei zu entlarven?!

S.R.

Wie Kanzler Schröder die „Gerechtigkeitslücke“ schließt

Jauchzet-frohlocket

Also, Leute, Ihr könnt ja sagen, was Ihr wollt - die FAZ ist unbezahlbar. Allein die Überschrift des Leitartikels in der Weihnachtssausgabe war den ganzen Dezember-Bezugspreis wert. „Jauchzet, frohlocket“ steht da, hoffnungsmachend in dunklen Zeiten. Wer ist wohl gemeint? Die Führungsgremien der CDU mit der in Verwesung übergehenden Politliche Kohl im Keller sicherlich nicht. Der Schröder-Fischer-Crew ist es zwar, seit sie im Amt ist, schon schlechter gegangen, aber zum „jauchzen und frohlocken“ hat sie auch heute nicht allzuviel Grund. Und was die nahezu vier Millionen Arbeitslosen betrifft, so steht denen wohl nicht der Sinn nach solcherlei Gesängen.

Nun ist in diesen Tagen „Jauchzet, frohlocket“ auch auf großformatigen Plakatwänden als Werbung deutscher Fleischvermarkter zu lesen - aber mit dieser profanen Thematik wird sich doch nicht gerade der Leitartikel der vornehmen FAZ am Weihnachtstage befassen? Wem also könnte er gelten?

Ein Blick in den Wirtschaftsteil der Tageszeitungen belehrt darüber, wer diesmal bei der Bescherung tatsächlich handfesten Anlaß hatte, zu jauchzen und zu frohlocken, gar in den höchsten Tönen zu jubilieren: Banken, Versicherungen und sonstige „Kapitalsammelstellen“! Ausgerechnet die, wo doch dem Bibelmythos zufolge Jesus, dessen Geburt zu feiern das Weihnachtsfest begangen wird, die Händler aus dem Tempel vertrieben haben soll? Und doch, genauso ist es: Der „Genosse der Bosse“ und sein Sparkommissar Eichel haben den Weihnachtsmann gespielt und ganz tief in den Sack mit den guten Gaben gegriffen, um den Finanziers „unserer“ Wirtschaft einen Herzenswunsch zu erfüllen. Der angekündigte Gesetzentwurf für eine allgemeine Unternehmenssteuerreform ist das schönste Weihnachtsgeschenk, das man Banken und Versicherungen machen konnte. Beim Verkauf ihrer Unternehmensbeteiligungen - auch im Inland - sollen sie hinfort von der bislang geltenden Steuer in Höhe von 30 % des Erlöses zur Gänze befreit sein. Nicht von ungefähr meinte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, die Bundesregierung sei mit ihrem kühnen Vorhaben „einem Hinweis der Banken gefolgt“. Also, Herr Walter, bemerke ich hier mal ganz salopp, man ist ja dankbar für die Offenheit, aber daß auch Rosa-Grün am Gängelband des großen Kapitals hängt, hatten wir schon vorher vermutet!

Egal, nach Bekanntwerden des Regierungsplanes schossen die Kurse von Banken und Versicherungen steil in die Höhe; der „Dax“ kletterte hektisch von einem Höchststand zum nächsten, an der Börse herrsche „Goldgräberstimmung“, hieß es. Die Spekulanten hätten ohne weiteres statt Lametta

Blattgold an ihre Weihnachtsbäume hängen können! Die Gründe für die Euphorie erläuterte am Abend des 23. Dezember Ulrich Ramm, Chefvolkswirt der Commerzbank, im „Deutschlandfunk“. Durch den steuerfreien Verkauf der (in Jahrzehnten des „Wirtschaftswunders“ zusammengerafften) Beteiligungen an branchenfremden Unternehmen könnten Banken und Versicherungen jetzt ihre „stillen Reserven“ heben. Die Commerzbank verfüge „nur“ über Beteiligungen im Wert von drei bis vier Milliarden Euro, gab sich Herr Ramm im Hinblick auf sein Institut bescheiden; aber die Deutsche Bank, fügte er mit deutlich erhobener Stimme hinzu, könne da etwa 23 Milliarden Euro „liquide“ machen! So z. B. durch Verkauf ihres 13prozentigen Anteils an den Daimler-Chrysler-Aktien. Vom „Umschaukeln der Milliarden“ bei der Deutschen Bank sprach der Herr Ramm - für einen sich sonst eher seriös-zurückhaltend gebenden Banker eine wahrhaft drastisch-bildhafte Ausdrucksweise. Die Geldhäuser, so Ramm weiter, sähen die Sache natürlich ganz selbstlos als eine „der Belebung der Wirtschaft“ dienende Maßnahme. Ich bin beim Zuhören rot geworden, wie der Commerz-Volkswirt dann auch noch sagte, die Banken hätten ja gar nichts davon, da das Geld den Aktionären zuflüsse. Als ob sie nicht selbst die Hauptaktionäre wären! Ich glaube, ob dieser Unverschämtheit blieb auch dem interviewenden Redakteur die Spucke weg.

In der „Recklinghäuser Zeitung“ jedenfalls wurden am 24. Dezember unter der Überschrift „Banken sitzen auf einer Goldgrube“ die „stillen Reserven“ der Deutschen Bank mit 30 Milliarden Euro veranschlagt. Die Größenordnungen muß man sich mal vorstellen: 30 Milliarden Euro sind 60 Milliarden DM! Dieses Kapital kann eine einzige Bank mobilisieren! Der Finanzminister für 80 Millionen BRD-Bürger aber muß eine Riesensaktion mit unglaublich politischen Aufwand starten, um vergleichsweise lachhafte 30 Milliarden beim Bundeshaushalt „einzusparen“! Mit einem Sechstel ihrer „stillen Reserven“ könnte die Deutsche Bank, die schließlich nachweislich „Ausschwitz“ mitfinanziert und sich an der Arisierung bereichert hat, die zehn Milliarden für Zwangs- und Sklavenarbeiter ganz allein aufbringen!

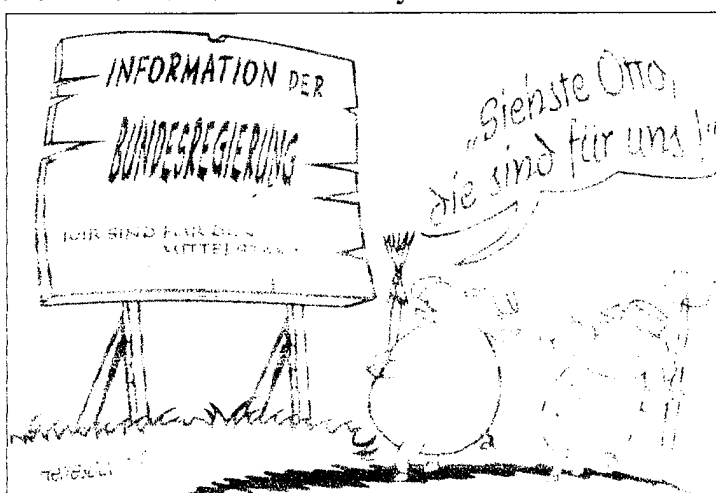
Der eigentliche

Skandal aber bei Offenbarwerden dieses empörenden Mißverhältnisses in der Reichtumsverteilung besteht darin, daß deswegen keineswegs ein Sturm der Entrüstung losbricht. Kaum hat Schröder auf dem SPD-Parteitag die eine Schließung der „Gerechtigkeitslücke“ verlangenden „linken“ Sozials mit der vagen Aussicht auf Erhöhung der Erbschaftsteuer abgewimmelt, da will er die Steuerschleuse für eine Profitschwemme sondergleichen zugunsten jener öffnen, die bei uns ohnehin den Rahm abschöpfen. Meint dazu der „Kölner Stadtanzeiger“ - gewiß kein linkes Organ - am 24. Dezember: „Solche Steuerpläne hätte die Wirtschaft vielleicht einer FDP-Alleinregierung zugetraut, aber Rot-Grün? Die überraschende Bescherung vor Heiligabend ist gelungen.“

Doch - vielleicht war es ja gar keine Überraschung, sondern ein längst abgesprochener Deal? Denkbareweise hat Schröder mit der Ankündigung seines Schrittes, der gerade die Banken mit Milliarden-Geschenken begünstigt, diese dazu bringen können, ein paar hundert Millionen für „Holzmann“ zu „opfern“, um ihrem Kanzler den publikumswirksamen Coup der Sanierung des Bau-Giganten zu ermöglichen.

Das ist eben Schröders Methode, die „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen: Wenn im Neuen Jahr den von der weiter erhöhten „Öko-Steuer“ hart getroffenen „kleinen Leuten“ 20 DM mehr Kindergeld gezahlt werden, läßt er, des sozialen Ausgleichs willen, auch den „Großen“ etwas zukommen. Und so mögen denn die Begünstigten der Schröderschen Gesellschaftspolitik - die Kindergeldempfänger und die Banker - im Weihnachtsgottesdienst christlich-friedlich vereint gleichermaßen inbrünstig eingestimmt haben in das „Jauchzet-frohlocket“, mit dem der Eingangschor des Bachschen Weihnachtsoratoriums überschrieben ist und dem der Leitartikel der FAZ am 24. Dezember so trefflich gewidmet war.

Rolf Vellay



Warum der Kapitalistenstaat die Renten privatisieren will

Die Lüge vom „Generationenproblem“

Kürzlich fragte mich ein berenteter Freund aus dem Westen: „Wo ist eigentlich mein Geld geblieben? Ich habe 40 Jahre gearbeitet und durchschnittlich verdient, also hat die Rentenkasse von mir (und meinem Unternehmer) insgesamt 300 000 DM erhalten. Zehn Jahre habe ich laut Statistik noch zu leben, also müßte meine Rente 2 500 DM monatlich betragen. Aber ich bekomme nur 1 500 DM. Für Erwerbsunfähige, Kranke, Waisen und Witwen gebe ich 500 DM ab. Wo bleibt der Rest? Wieso soll meine Rente von den gegenwärtigen Einzahlungen abhängig sein und nicht von meinen eigenen, in vielen Jahren erarbeiteten Guthaben bei der Rentenkasse? Und weshalb jammert der von mir finanzierte Staat, daß das Geld für einen anständigen Lebensabend nicht mehr reicht?“

Diesem Staat darf man eben nicht vertrauen. Sein Argumenten-Gebäude beruht auf Unwahrheiten.

Das beginnt mit der Lüge, der Versicherte selbst zahle ja nur die Hälfte (150 000 DM) ein. Stimmt einfach nicht! Der sogenannte Arbeitgeberanteil ist auch nur ein Teil des vom Arbeiter produzierten Neuwertes, den sich der „Arbeitgeber“ aneignet und den er nun „großzügig“ wieder abtritt. Den Rentenanspruch auf durchschnittlich 300 000 DM hat der Versicherte zur Gänze selbst erarbeitet. Daß er durch den „Arbeitgeberanteil“ einen etwas höheren Prozentsatz vom produzierten Neuwert in Form von Rente erhält, ist eine in harten Klassenkämpfen dem Kapital seit 1871 abgetrotzte Errungenschaft.

Nehmen wir die zweite Lüge: das Geschwätz vom „Generationenvertrag“. Da behaupten die Bourgeoisie und deren Regierung, die jungen Arbeiter müßten deshalb höhere Rentenbeiträge zahlen, weil immer mehr Alte da seien. Sie unterschlagen einfach die Tatsache, daß diese Alten sich ihre Renten selbst längst erarbeitet haben. Der hier zugrundegelegte Betrag von 1 500 DM entspricht schließlich nur 60 % des Eingezahlten. In guter Solidarität gingen 40 % an Witwen, Waisen, Kranke und Erwerbsunfähige. Es bleibe nichts übrig, wird behauptet. Aber nur deswegen, weil die Regierung die Guthaben der Arbeiter nicht verwaltet, nicht akkumuliert und nicht verzinst, sondern sofort wieder für die ausgibt, die bereits Rentner sind. Das ist die Basis aller Schwierigkeiten. Daß ganze Verfahren kommt sofort ins Stocken, wenn die Wirtschaft nicht mehr prosperiert, sondern sich nur

noch von Krise zu Krise schaukelt. Dann fehlen insbesondere die Beiträge der Arbeitslosen und der Nichterwerbstätigen. Das sind immerhin 36 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Und deswegen betragen die Beitragseingänge derzeit nur 77 % der Ausgaben für Rentner. Auf keinen Fall handelt es sich also um ein „Generationenproblem“. Es ist ein soziales, ein Klassenproblem. Banken und Konzerne sind unfähig und unwillig, allen Menschen einen Arbeitsplatz zu schaffen. Andernfalls könnte die Rentenkasse sofort um 25 bis 30 % aufgestockt werden. Stattdessen nutzt die Regierung des Kapitals die Solidarität der Arbeiter schamlos aus und läßt die zum Nichtarbeiten Verurteilten mitversorgen. Die dritte Lüge ist das Geschwafel von der angeblichen Solidargemeinschaft. Sie gibt es nicht. Nur drei Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung sind in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen. Ein Viertel - und zwar der hoch- und höchstvergütete Teil - zahlt überhaupt keinen Rentenbeitrag, erhält dafür aber drei bis zehn Mal höhere Altersbezüge als Normalbürger, vornehm Pension genannt (Richter, Beamte, Soldaten, Polizisten, Kirchenbürokraten, Aktionäre usw.). Eine klare Klassenteilung! In der BRD verfügen 2,7 Millionen Menschen über ein Jahreseinkommen von mehr als 100 000 DM. 750 von ihnen erhalten monatlich mindestens eine Million DM. Man stelle sich vor, sie alle zahlten ihre 19 Prozent in die Rentenkasse ein! Daran ist nicht zu denken. Der frühere Finanzminister Waigel, der nie gezahlt hat, erhält jetzt eine Pension von 9 800 DM ohne jede Anrechnung anderer Einkommen, die bei Normalrentnern sofort und unbarmherzig die Bezüge kürzen würden. Claudia Nolte wird, wenn sie 50 ist, eine Pension von 6 850 DM beziehen, nur weil sie einmal vier Jahre im Kabinett gesessen hat. Ohne Skrupel werden Pensionen bis zu 17 700 DM im Monat gezahlt. 1,5 Millionen Menschen leben in Deutschland ausschließlich von Vermögen - ohne zu arbeiten. Zwischen Kapitalisten und ihren staatsnahen Privilegierten (wo sind die Privilegienschreier von 1989?) und den Arbeitenden gibt es keinerlei Solidarität. Nicht einmal in gesetzlicher Form.

Welchen Sinn machen da die Scheingehefte um den Rentenbeginn mit 60? Und warum wollen Stihl und Hundt unbedingt 65 Jahre als Rentenalter beibehalten? Belastet das die armen Kapitalisten nicht mit hohen Beiträgen? Auch hier geht es um nichts anderes als um einen abgestimmten

Angriff auf Löhne und Renten. Das tatsächliche Renteneintrittsalter ist nämlich längst im Durchschnitt auf 60 bis 61 Jahre gesunken. Nur jeder fünfte Anwärter geht erst mit 65 in Rente. Wer es de facto früher tut, wird mit Rentenabzug um 10 Prozent bestraft. Also „streiten“ Gewerkschaftsführer und Chefunternehmer nur darum, wie (!) diese effektive Rentenkürzung legalisiert, wie der tatsächliche Zustand in Rechtsform gegossen und so Druck auf die Löhne ausgeübt werden kann.

Die Regierung behauptet, die „ungünstige“ Altersstruktur der Bevölkerung lasse das Rentenproblem immer prekärer werden. In der Tat sieht der Lebensbaum der BRD-Bevölkerung arg verkrüppelt aus. Der 1. und 2. Weltkrieg haben deutliche Spuren hinterlassen. Aber, frage ich mich, welcher Krieg reduziert seit 1971 und noch stärker seit 1990 die Zahl der Geburten derart, daß sie unter der beider Weltkriege liegt? Warum wird der Baum unten (!) immer schmaler? Warum weigern sich meine vier Enkelinnen, Kinder zu bekommen? Ist das nicht ein vernichtendes Urteil über den angeblichen Sozialstaat?!

Wozu das ganze Lügengebäude? Es soll vom Generalangriff der Unternehmer und ihres Staates auf Löhne und Renten ablenken, denn die Idee der Privatisierung der Renten - jetzt immer aufdringlicher propagiert - verfolgt offensichtlich kein anderes Ziel als die Kürzung oder Beseitigung des Unternehmeranteils, was wiederum auf eine generelle Lohnkürzung um 10 Prozent hinauslaufen würde. Für Firmen und Versicherungsgesellschaften wäre das eine zusätzliche Profitquelle.

Vielleicht sollten die Rentner froh sein, daß der soziale Demokrat Riester das Wachsen ihrer Bezüge wenigstens an die Inflationsrate koppelt, denn die Bindung an die Löhne könnte leicht - angesichts des durch den sozialen Demokraten Schröder über Holzmänn in Gang gesetzten „Lohnverzichts“ von 6 Prozent - zur totalen Nullrunde werden.

Fazit: Das Rentenproblem ist kein Konflikt der Generationen, sondern Teil der grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Der Ausgang dieses Kampfes hängt vom Kräfteverhältnis der Beteiligten ab, nicht aber vom Staat oder gar vom Parlament.

(Die Daten wurden dem Statistischen Jahrbuch der BRD 1998 entnommen. Die Anregung zu diesem Beitrag gab unser Leser Dieter Noll.)

Norbert Pauligk

Zu Zweifeln, ob es die Arbeiterklasse noch gibt

Proletariat auf Thailands Niveau?

Gibt es sie überhaupt noch, die Arbeiterklasse? Oder entwickeln wir uns nicht zu einer Dienstleistungsgesellschaft?

Fangen wir mit dem ABC an. Zur Arbeiterklasse gehört, wer keine Produktionsmittel besitzt und daher seine Arbeitskraft verkaufen muß - an den Arbeitgeber, wie der Kapitalist sich nennen läßt, obwohl in Wahrheit er der Arbeitnehmer ist und der Arbeiter der Arbeitgeber.

Im Unterschied zum Sklaven und zum Leibeigenen ist der Arbeiter juristisch gesehen „frei“. Aber immer war die Arbeiterklasse differenziert, heute in besonders hohem Maße, was es ihren Angehörigen schwermacht, ihre Klasseninteressen zu erkennen und entsprechend gemeinsam zu handeln. Arbeiter ist eben sowenig gleich Arbeiter wie Landfahrzeug gleich Landfahrzeug. Ochsenskarren und Mercedes-Laster sind beide Landfahrzeuge, sie bewegen sich auf dem Lande mittels an Achsen befestigten Rädern.

Die 8 712 „Mitarbeiter“ der Porsche-AG Stuttgart, die 1998/99 mit modernsten Technologien 43 982 Autos produzierten, arbeiten, leben, denken völlig anders als die indischen Kinder, die Teppiche knüpfen und wegen der unsäglichen Arbeitsbedingungen, der Unterernährung und des Fehlens jeglicher medizinischer Versorgung früh sterben. Betrug die Lebenserwartung in der (alten) BRD bei Männern 71,6, bei Frauen 78,2 Jahre und die Säuglingssterblichkeit 9 je 1000 Lebendgeburten, so wiesen die Vergleichsziffern in Indien bei Männern 57,8 Jahre, bei Frauen 57,9 Jahre aus, während die Säuglingssterblichkeit sich nicht auf 9/1000, sondern auf das 11fache: 99/1000 belief!

Viele stellen die Frage: Verschwindet die Arbeiterklasse nicht? Schließlich nimmt die Zahl der im „Produzierenden Gewerbe“ Tätigen doch ständig ab! Aber ganz so, wie es uns die Medien weismachen wollen, ist es nicht. Im „Produzierenden Gewerbe“ waren 1965 in der BRD

13 379 000 Personen tätig (Hochkonjunktur), 1975 betrug ihre Zahl 11 606 000. Seitdem stagniert sie zwischen 11 und etwas über 10 Millionen. Dagegen stieg die Zahl der in den „übrigen Wirtschaftsbereichen“ (ohne Land- und Forstwirtschaft, also im Dienstleistungssektor) Tätigen unaufhörlich an. Waren es 1965 noch 10 354 000, so 1993 schon 16 927 000 (ohne DDR-Gebiet). Das ergibt sich aus Statistiken der UNO und der OECD.

Was sind das nun für Leute, die „Dienstleistungen“ erbringen? Bilden sie etwa eine neue, spezielle Klasse? Zunächst: Nicht zum „Produzierenden Gewerbe“, sondern zu den „übrigen Wirtschaftsbereichen“ zählen in Statistischen Jahrbüchern der BRD auch die Beschäftigten im Verkehrs-Post- und Fernmeldewesen, also Eisenbahner oder Gleisarbeiter, die Frauen in den Telefonämtern, an den Postschaltern, die Briefträgerinnen. Und die Angestellten von Banken und Versicherungen? Sie sind, jedenfalls zu einem großen Teil, Mitglieder von Gewerkschaften, gehören überwiegend zur Arbeiterklasse. Dazu zählen auch die nicht mehr Beschäftigten, die Arbeitslosen! Ferner die Rentner und die Familienangehörigen. Auch die Frau eines Porsche-Arbeiters gehört dazu, selbst wenn sie nie in einer Fabrik gearbeitet hat.

Nicht im „Produzierenden Gewerbe“ sind auch die Leute von der Straßenreinigung, der Müllabfuhr, die Schwestern in Krankenhäusern. Rechnet man sie nicht auch zu jenen, die, da sie keine Produktionsmittel besitzen, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen? So wie die im vornehmen „Adlon“ beschäftigten Köche und Kellner, die laut „Tagesspiegel“ vom 15.12.1999 in „20-Stunden-Schichten“ arbeiten müssen, womit „erheblich gegen Regelungen des Arbeitsschutzes verstoßen“ werde. Ferner die Kassiererinnen in den Supermärkten und unzählige weitere „lohnabhängig Beschäftigte“. Und die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen? Was sind das wohl für welche? Sollte es keine Landarbeiter mehr geben? Aber „die über 3 000 Forst-

leute Brandenburgs sind beunruhigt ... ein Drittel ihrer Stellen soll wegfallen. Insgesamt geht es um 1 000 Arbeitsplätze ... Förster, Verwaltungsmitarbeiter und 600 Waldarbeiter ...“, berichtet das Blatt in der gleichen Ausgabe. Insgesamt sind in diesem Zweig über 800 000 Personen beschäftigt.

Schließlich zählen zur Arbeiterklasse noch Leute, die formal gesehen „Selbständige“ sind. In den letzten Jahren haben die Industriekonzerne alles abgestoßen, was nicht zum Kern des Unternehmens gehört. Beispielsweise den Fuhrpark. Die Kraftfahrer konnten die meist schon recht abgenutzten LKW kaufen und sich selbständig machen. Womit sie das bezahlen? Na, mit Bankkrediten. So werden sie jetzt, als Selbständige, von den Banken mittels Zinszahlung und Kredittilgung ausbeutet, was sicher die Erklärung für viele Unfälle ist - 12 Stunden hinterr Steuer, die Reifen abgefahren, die Bremsen verschlissen ... Hunderttausende Arbeitnehmer würden branchenübergreifend in die scheinbare Selbständigkeit gedrängt und damit der Sozialversicherung und dem Arbeitsschutz entzogen, erklärte Regine Hildebrandt 1996, als sie noch Ministerin in Brandenburg war. Und die damalige Berliner Senatorin Bergmann sagte, die Zahl der Scheinselbständigen belaufe sich bundesweit auf eine Million!

Nicht zur Arbeiterklasse gehören natürlich solche „Dienstleister“ wie Polizisten, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Herrschaft und das Eigentum der Kapitalisten zu schützen, auch nicht Makler, Manager, Aufsichtsräte, Anlageberater, Anwälte, nein, auch Minister nicht ...

Die Arbeiterklasse ist also weit umfassender, als man uns einreden will; sie übersteigt die Zahl der im „Produzierenden Gewerbe“ Beschäftigten erheblich. Doch damit ist noch nichts über ihre politische Bedeutung, ihren Einfluß in der Gesellschaft gesagt. Sehr vielen fehlt es an Klassenbewußtsein! Auch bedeutet dessen Vorhandensein noch lange nicht sozialistisches, revolutionäres Bewußtsein! Der große Streik 1963 in Baden-Württemberg, an dem rund 400 000 Metallarbeiter teilnahmen, ließ den Versuch der Monopole scheitern, die Tariffreiheit der Gewerkschaften nach dem Muster des amerikanischen Taft-Hartley-Gesetzes einzuschränken. Die Metalller zeigten Klassenbewußtsein, stellten den Kapitalismus jedoch nicht infrage. Und die indischen Straßenarbeiterinnen, die ich bei Delhi mit Körben auf den Köpfen Schutt wegragen sah, haben wahrscheinlich nicht einmal ein Klassen-, sondern eher ein Kastenbewußtsein.

Das Kapital hat stets alles Mögliche getan, um das Entstehen von Klassenbewußtsein, geschweige denn von revolutionärem sozialistischem Bewußtsein zu verhindern. Bis weit ins 20. Jahrhundert haben die imperialistischen Mächte durch Einsatz eines Teils der in ihren Kolonien erzielten Extraprofite breite Schichten „ihrer“ Arbeiterklasse korumpiert. „Die privilegierte Oberschicht des Proletariats der imperialistischen Mächte lebt zum Teil auf Kosten der vielen hundert Millionen Menschen der nichtzivilisierten Völker“, schrieb Lenin 1916 in „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“. Schon 1858 stellte Friedrich Engels fest, daß „das englische Proletariat mehr und mehr verübert“. 1882 schrieb er an Kautsky, die Arbeiter des Mutterlandes „zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands“.

Vor 1914 hatten die Pariser Commune, die Russische Revolution von 1905 sowie die Verbreitung des Marxismus das Kapital veranlaßt, etwas zu tun, um die Arbeiterklasse zu demoralisieren. Bismarck hatte eine „doppelte Methode“ der Bekämpfung der Arbeiterbewegung ersonnen. Durch Ausnahmegesetze wollte er sie auf der einen Seite mit Gewalt unterdrücken, durch eine große Fürsorgegesetzgebung, Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, suchte er ihr auf der anderen Seite das Wasser abzugraben. Das mußte er 1889 den Streik von über 150 000 Bergleuten, den machtvollsten Ausstand im Deutsch-

land des 19. Jahrhunderts, der wesentlich zu seinem Sturz beitrug, nicht verhindern.

Nach 1945, als der Beginn des Aufbaus des Sozialismus in großen Teilen Europas, militärisch geschützt durch die Sowjetunion, Arbeitslosigkeit wie Obdachlosigkeit beseitigte und das praktisch verwirklichte, was die Macht der Arbeiterklasse trotz der historisch bedingten ökonomischen Rückständigkeit für alle Werktätigen zu leisten vermochte, mußte auch das Kapital der BRD unter dem Druck der Systemkonkurrenz der DDR den Arbeitern viele Zugeständnisse machen. Mit den aus den unzerstörten USA fließenden Milliarden kamen das „Wirtschaftswunder“ und der „Sozialstaat“, die den Einfluß der Kommunisten eindämmten und ihre Wirkung auf die Arbeiter der DDR nicht verfehlten. So glaubten viele 1989 an die „blühenden Landschaften“, die ihnen Kohl versprach.

Mitall dem ist jetzt Schluß. Seit geraumer Zeit vollzieht sich eine Umkehrung, die ihr Ziel noch lange nicht erreicht hat. Am 11.12.99 erklärte Gesamtmetallchef Stumpf im „Tagesspiegel“, daß in den nächsten Jahren Lohnerhöhungen bestenfalls die Inflationsrate ausgleichen sollten, mehr nicht. Am 18.12.99 schrieb das großbürgerliche Blatt: „Davon träumt der Arbeitgeber: von einem 'atmenden Betrieb', einer Belegschaft, die problemlos an die Auftragslage angepaßt werden kann, von Arbeitnehmern, die sich klaglos nach Hause schicken lassen, wenn die Firma mal nicht so brummt - ohne Sozialplan, Abfindungen und Streitereien vor dem Arbeitsgericht. Kein Wunder, daß die Branche der Zeitarbeitsfirmen, die Mitarbeiter auf Bestellung liefern, boomt. Ende vergangenen Jahres waren rund 200 000 Zeitarbeiter in Deutschland beschäftigt, 20,9 % mehr als im Vorjahr, Tendenz steigend.“

Und es geht nicht allein darum, die Reallöhne der alten Bundesländer auf das Niveau der neuen zu senken, sondern letztlich unter dem Druck der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit die Einkommen in den imperialistischen Staaten schrittweise auf das Niveau der Dritten Welt zu senken! Ja, das sind einfach die bedauerlichen „Sachzwänge“, sonst ist man nicht mehr konkurrenzfähig. „Ich will, daß Thailand auch nach Sindelfingen liefert“, lautet die Überschrift eines Artikels in der FAZ vom 9.12.99 über Aktivitäten von Daimler-Benz, dessen Zweigbetrieb nicht nur Autos für Südasien baut. Als wichtigster Grund dafür, daß aus Thailand künftig auch direkt Wagen und Teile in die BRD geliefert werden, nennt man vor allem die Lohnkosten, die noch niedriger seien als in Malaysia. Die Folgen für die künftige Lohnentwicklung bei Daimler-Benz, der dort beschäftigten Arbeiteraristokratie, liegen auf der Hand. Auch für die Zulieferer. In Thailand produzieren bereits 160 Firmen „beispielsweise Sitze, Batterien, Reifen oder Blechteile“.

In der Dritten Welt lebt heute der bei weitem größte Teil der Arbeiterklasse, und zwar unter Bedingungen, wie sie bei uns zu Beginn oder bestenfalls in der Mitte des 19. Jahrhunderts bestanden. Daran denken in ihrer eurozentristischen Arroganz jene „Linken“ nicht, für die der Imperialismus die „Moderne“ ist. Und das übersehen auch jene offenbar, die glauben, man müsse das „Beste aus beiden Systemen“ bewahren. Das Beste? Also gab es auch Gutes? Was denn, wo denn, wie denn? Ach ja, die Mercedes-Limousinen aus Sindelfingen! Die Bildzeitung! Ballermann auf Mallorca! Deutsche Fürstenthümer!

Muß man nicht vielmehr erwarten, daß das sukzessive Hinabrücken des Lebensniveaus und der Arbeitsbedingungen auf das Niveau von Thailand eines Tages auch die Arbeiter der imperialistischen Metropolen ziemlich unzufrieden, aufässig, kämpferisch machen könnte? Daß die hemmungslose, von keiner Systemkonkurrenz mehr gezielte Profitgier des Kapitals wieder revolutionäres Potential entstehen lassen wird? Sieger begehen oft Dummheiten, die ihre spätere Niederlage programmieren. Dazu ist allerdings eine international organisierte marxistisch-leninistische Bewegung nötig. Es wird schwer sein und es wird dauern, bis sie sich wieder formiert. Aber sie wird kommen, und dann auch der Sozialismus statt der kapitalistischen Barbarei.

Walter Florath

Wie belgische Stahlwerker Klassenpositionen bezogen

Der Geist von Clabecq

Am 25. November 1999 nahm ich als Vertreter des Sozialbündnisses Trier an einer Protestkundgebung in Nivelles südlich von Brüssel teil. Tausende Arbeiter, Gewerkschafter und Studenten aus allen Regionen des Landes demonstrierten vor dem dortigen Gericht. Auch ausländische Delegationen bekundeten Solidarität. Anlaß war der erste Jahrestag des Beginns des Prozesses gegen 13 Stahlarbeiter aus Clabecq. Die Anklage strebt ihre Verurteilung zu langjährigen Gefängnis- und ruinösen Geldstrafen an. Hier wird von der bürgerlichen Klassenjustiz gegen Arbeiter vorgegangen, die es gewagt haben, unter Einsatz verschiedener Formen des Widerstandes jahrelang einen unerschrockenen Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu führen.

Renault, Levi's, Boel, VW, ... täglich wird auch in Belgien die Liste der Betriebe länger, die ganz oder teilweise dichtgemacht werden, weil sie für Kapitaleigner und Aktienbesitzer nicht mehr genügend Profit abwerfen. Allerdings konnten sich die Unternehmer und die Provinzregierung Walloniens im Fall von Clabecq nach der Verkündung des Konkurses Ende 1996 nicht wie sonst mit einem „Sozialplan“ aus der Affäre ziehen. Schon seit 1992 bereiteten sich Betriebsrat und Belegschaft auf Aktionen gegen die schrittweise Zerschlagung des Standortes vor. Zu Beginn der 70er Jahre arbeiteten in Clabecq 6 500 Stahlwerker - im Dezember 1996 waren es noch 1 800.

Als Hauptakteure erwiesen sich zwei Italiener: Roberto D'Orazio, Sohn eines Einwanderers und Silvio Marra, selbst Immigrant. Als der Elektriker D'Orazio, ein befähigter Redner, in Clabecq anfang, lernte er Marra kennen, der wie er im Gefolge der 68er Ereignisse zu marxistischen Einsichten gelangt war. In mühevoller Kleinarbeit schufen beide einen Kern von etwa 50 Gewerkschaftsaktivisten. 1992 gelang es ihnen, den Betriebsrat des Stahlwerkes, den bis dahin die Sozialisten kontrolliert hatten, zu erobern. D'Orazio wurde sein Vorsitzender. Seitdem nahmen die Arbeiter von Clabecq an allen großen politischen und sozialen Kämpfen in Belgien teil.

Silvio Marra verwies auf einen wichtigen Aspekt: „Wir konnten nur deshalb die Schließung unserer Fabrik abwenden, weil wir zuvor den Rassismus besiegt hatten. Bei Forges de Clabecq arbeiteten Angehörige aus 16 Nationalitäten. Es war der Kampf, der uns vor Augen führte, daß es keine wesentlichen Unterschiede zwischen uns gibt. Schließlich organisierten wir eine Abstimmung und 80 Prozent der Belegschaft machten Forges zum ersten belgischen „Betrieb ohne Rassismus“. 1996 mußten D'Orazio, Marra und ihre Kollegen mit ansehen, wie sich die Fabrikbesitzer mit dem durch die Stahlwerker erarbeiteten Geld aus dem Staub machten. Sie erlebten, wie die rechtsozialistische Provinzregierung den Platz der Eigentümer einnahm, diese umfangreich entschädigte und die Schließung des Standortes vorbereitete. Die Existenz von 2 000 Familien stand auf dem Spiel. Doch der Betriebsrat mobilisierte mehr als 10 000 Demonstranten. Die zentrale Forderung lautete:

Erhalt der Arbeitsplätze bei Forges. Im Dezember 1996 lehnte es der Betriebsrat ab, den „Sozialplan“ zu unterzeichnen. Als sich die Geldinstitute weigerten, ausstehende Löhne zu kreditieren, holten die Arbeiter von Clabecq zum ersten Mal die Bulldozer heraus, durchquerten das Städtchen und warfen die Fensterscheiben der Banken ein. Die Löhne wurden sofort bezahlt. Als Hunderte vor dem Rathaus den Erhalt ihres Betriebes forderten, bemerkten sie einen Fotografen hinter dem Fenster der Polizeistation. Diese wurde erstürmt, das Mobiliar zerstört, die Kamera konfisziert. Dies bildet den ersten Hauptpunkt der Anklage.

Anfang 1997 wurde eine landesweite Demonstration vorbereitet. Dazu entsandte die Belegschaft 10 Busse mit 600 Arbeitern in alle Teile Belgiens. 150 000 Flugblätter wurden verteilt. Am 2. Februar 1997 wurde Clabecq Schauplatz eines unerwarteten Ereignisses: 70 000 waren dem Appell gefolgt und demonstrierten in den Straßen der Stadt für Arbeitsplätze. „Wir wollen, daß die Wirtschaft den Arbeitern, der Bildung und unseren Kindern dient“, erklärte Roberto D'Orazio auf dem Gelände des Stahlwerks. Am folgenden Tag schrieb eine bedeutende konservative Zeitung: „Es ist lange her, daß der Sozialismus so lautstark eingefordert wurde wie gestern in Clabecq.“ Die Demonstranten führten Portraits von Marx, Engels und Lenin mit sich. Ein Unternehmermagazin reagierte entsetzt: „Es mag ja angehen, daß Nostalgie in Moskau, Dresden oder Sofia mit dem zerstörerischen Kommunismus verbunden ist. Aber 25 km von Brüssel, der Hauptstadt Europas? Am Sonntag war Clabecq-Tubize eine wallonische Variante von Karl-Marx-Stadt. Für die ausländischen Investoren in Wallonien und Flandern war der 2. Februar ein schwarzer Sonntag.“

Ende Dezember 1997 wurde die Belegschaft von Forges auf die Straße gesetzt. Die finanzielle Situation vieler Familien entwickelte sich bedrohlich. Drei Monate später, am 20. März 1998, war noch immer keine Lösung in Sicht. Die Arbeiter handelten erneut. Sie blockierten jetzt die Autobahn Brüssel - Paris. Ihre Aktion war mit den Gewerkschaftsverantwortlichen beredet und vom zuständigen Bürgermeister genehmigt worden. Auch mit dem Polizeichef von Nivelles war eine zweistündige Demonstration vereinbart. Als die Arbeiter aber auf die Autobahn kamen, stürmten brüllende Polizisten in voller Kampfausrüstung auf sie zu. Wasserwerfer, Tränengasgranaten und Pfefferspray wurden eingesetzt. Das ließen sich die Arbeiter natürlich nicht gefallen. Sie erkämpften sich zum ersten Mal mit schwerem Gerät das Demonstrationsrecht. Der Polizei wurde Paroli geboten. Am 18. April 1997 gab die wallonische Regierung die Kandidatur der italienisch-schweizerischen Kapitalgruppe Duferco für die Übernahme von Forges bekannt. Sechs Tage später verweigerten 1 200 anwesende Stahlwerker die Annahme eines nichtakzeptablen Vertrages, der mit Duferco von vier Ministern und einigen Gewerkschaftssekretären ohne den Betriebsrat ausgehandelt worden war. Er sah u. a. den

Abtransport von Stahlplatten aus dem Werk vor. Die Belegschaft forderte einstimmig: „Keine Demontage des Betriebes!“. Nun versuchte es die wallonische Regierung mit einem Referendum. Wenn ihr jetzt nicht zustimmt, ist die letzte Chance für Forges vertan, lautete ihr Motto. Am 6. Mai 1997 lehnten 55,7 % der Belegschaft den Plan erneut ab. Der Aufschrei in den bürgerlichen Medien über den rebellischen „Geist von Clabecq“ war gewaltig. Die Belegschaft marschierte nach Brüssel zum Sitz der Zentrale ihrer Gewerkschaft FGFB und forderte Unterstützung. Die Hartnäckigkeit zahlte sich aus. Schließlich akzeptierte die wallonische Regierung bei eigener Minderheitsbeteiligung die Übernahme durch Duferco. 95 % der Belegschaft bejahten nun den Vertrag. Die Fortsetzung der Produktion war gesichert. „Daß heute wieder Stahl fließt, ist ausschließlich dem Kampf der Arbeiter zu verdanken, die sowohl die drohende Erwerbslosigkeit als auch die Demontage des Betriebes abgelehnt haben“, erklärte Silvio Marra. „Es ist allein der Wille der Arbeiter, der den Neustart herbeigeführt hat.“

Der von der sozialistischen Gewerkschaftsführung ausgehandelte Vertrag war mit Nachteilen verbunden: Er mutete der Belegschaft um 15 % niedrigere Löhne, verschlechterte Arbeitszeiten und Schichtrhythmen sowie die Einhaltung eines 5jährigen „Betriebsfriedens“ zu. Als Anfang Dezember die ersten Arbeiter wieder eingestellt wurden, spielten Vertreter des Christlichen Gewerkschaftsbundes CSC der Duferco-Direktion eine „schwarze Liste“ zu, mit deren Hilfe alle ehemaligen Betriebsratsmitglieder und andere Arbeiter, die in vorderster Front gekämpft hatten, von der Neueinstellung ausgeschlossen wurden. Auch behinderte und ältere Kollegen waren betroffen. Die rechte FGFB-Führung warf alle ehemaligen Betriebsratsmitglieder aus der Gewerkschaft. Hierzu erklärte D'Orazio: „Es gibt Leute, die denken, daß ich jetzt anfangen, gegen die FGFB Stimmung zu machen. Das ist lächerlich. Die FGFB, das sind die Arbeiter und nicht jene, die mich ausgeschlossen haben. Es besteht jedoch die Gefahr, daß Arbeiter, die wissen, was ich getan habe, und daß ich ausgeschlossen worden bin, in die Falle des Antigewerkschaftertums gehen und sagen: von der FGFB habe ich die Nase voll. Das ist nicht gut.“

Seit dem 26. November 1998 läuft der Prozeß gegen die Klassenkämpfer aus den Stahlschmieden von Clabecq. 13 Arbeiter werden 19 verschiedener Straftaten beschuldigt. D'Orazio ist allein in 41 Punkten angeklagt, da man ihn für alles, was während der Kämpfe geschah, verantwortlich macht.

Der Prozeß soll Geschichte machen. Die Bourgeoisie will die Führer von Clabecq und die linke Bewegung zur Gewerkschaftserneuerung moralisch und finanziell vernichtend treffen. Hohe Gefängnis- und Geldstrafen sollen allen Gewerkschaftern vor Augen führen, daß sich der Kampf nicht lohnt, weil er zu gefährlich ist. Mit dem Urteil will man einen Präzedenzfall für die Verfolgung auch anderer Streikführer schaffen. Der Prozeß in Nivelles bedroht den kämpferischsten Teil der belgischen Arbeiterklasse. Das Kapital und seine Justiz können nur durch die Solidarität mit den Angeklagten an der Durchsetzung ihrer Ziele gehindert werden.

Oliver Wagner, Trier

Die Legende vom Überstülpen des sowjetischen Modells

Unsinnige Vereinfachungen

Seit geraumer Zeit ist es unter den Ideologen des Kapitals üblich, das vermeintliche Überstülpen des sowjetischen Sozialismus-Modells auf die anderen ehemals sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas für deren Niederlage von 1989/90 mitverantwortlich zu machen. Die Übernahme „stalinistischer Strukturen“ sei an der mangelhaften Wirtschaftseffektivität, an Demokratiedefiziten usw. schuld. Natürlich ist diese Argumentationslinie nicht erst in den letzten Jahren aufgetaucht, sondern viel älter. So schrieb der bekannte Ökonom und Ostexperte Karl C. Thalheim (Mitglied des seinerzeitigen „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“) in einer 1988 veröffentlichten Studie unter ausdrücklicher Bezugnahme auf entsprechende Aussagen aus den Jahren 1959 und 1961: „Die Ausarbeitung mittelfristiger Entwicklungspläne (1949/50 und 1951/55 - A. M.) war ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion ... bestrebt war, ... (ihr) Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf die SBZ zu übertragen. Damit begann ein Prozeß der Auseinanderentwicklung gegenüber ... (der) Bundesrepublik ..., der ... in rasch zunehmendem Umfange alle Gebiete des menschlichen Zusammenlebens ergriff; für ihn ist die Bezeichnung 'Sowjetisierung' zutreffend, da das sowjetische Modell entscheidend war.“ (Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin 1988, S. 12)

Diese Auffassungen sind damals durch marxistisch-leninistische Theoretiker in einer Reihe von Veröffentlichungen zurückgewiesen worden; es lohnte sich kaum, die verstaubten Argumente erneut zu behandeln, wenn sie nicht in letzter Zeit auch prominente Verfechter in den Reihen der Kommunisten, darunter der DKP, gefunden hätten.

So äußerte sich erst kürzlich der Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Carlos Carvalhas, daß in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern das „Stalinische Modell“ gescheitert sei. (vgl. „RotFuchs“, Nr. 23) Ebenfalls parteioffiziell heißt es in den als Arbeits- und Diskussionsmaterial vom 14. DKP-Parteitag beschlossenen „Sozialismus-Vorstellungen“: „Partei und Staat (in der Sowjetunion - A.M.) verschmolzen mehr und mehr zu einem administrativ-bürokratischen Apparat. Die sozialistische Demokratie blieb nicht nur unterentwickelt, sie wurde durch die Mißachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit massiv verletzt ... Bloße Verstaatlichung trat an die Stelle wirklicher Vergesellschaftung ... Dieses 'Sozialismus-Modell' wurden nach dem 2. Weltkrieg auf die Länder übertragen, die einen sozialistischen Entwicklungsweg beschritten, darunter auch auf entwickelte Länder wie die DDR und die CSSR.“

Unter dem Schirm einer solchen Feststellung melden sich nun H. Neubert/R. Steigerwald zu Wort: „Zugleich muß man Umstände und Zweckbestimmung des von Lenin erarbeiteten bolschewistischen Partei- und Macht-

konzepts ... in Betracht ziehen. Es handelte sich um eine Adaption marxistischer Auffassungen auf die spezifischen Verhältnisse des zaristischen Rußlands. ... (Es) war nicht geeignet, universelle Bedeutung für alle kommunistischen Parteien (und später für alle sozialistischen Länder) zu erlangen, wie es nach Lenins Tod im Zuge der sogenannten Bolschewisierung geschah.“ (Neubert/Steigerwald, Für einen anderen Fortschritt, für einen neuen Sozialismus, in: Gegen den Zeitgeist, GNN-Verlag 1999, S. 480). Ganz in diesem Sinne schreibt Gerd Deumlich: „Die Auseinandersetzung der sowjetischen Führung mit ... der jugoslawischen Führung ... führte zur Absage an einen eigenständigen, den nationalen und konkret-historischen Bedingungen gemäßen Weg ..., zur Verabsolutierung des Weges der Sowjetunion.“ (Deumlich, Die DKP hielt lange an der Einheit fest. In: Marxistische Blätter 6/99, S. 55)

Zunächst einmal fällt an allen diesen Äußerungen auf, daß das sowjetische „Sozialismus-Modell“ reduziert wird auf die „bürokratisch-administrative Verschmelzung von Partei und Staat“, auf die „Mißachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit“ sowie auf die „Verstaatlichung anstelle wirklicher Vergesellschaftung“. Zweifellos hat es das alles gegeben und dies hat uns viel geschadet - doch sind solche Deformationen das wirklich Prägende für das in der Sowjetunion entwickelte „Sozialismus-Modell“?

Da ist der eingangs zitierte bürgerliche Theoretiker seriöser; er nennt vier wesentliche Komponenten der „Sowjetisierung“:

1. „das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln“,
2. „die Produktionsgenossenschaften besonders in der Landwirtschaft und im Handwerk“,
3. „die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft“,
4. „die Eingliederung in den ... Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“.

Als politische Voraussetzung für das Wirksamwerden dieser Elemente führt er die „Zwangsvereinigung von KPD und SPD“ an.

Diese Darstellung von Thalheim zeigt die von seinem Standpunkt aus wirklich gründliche und klassenmäßige Auseinandersetzung mit dem Gegenstand. Für uns legt sie mindestens zwei Überlegungen nahe. Erstens finden sich die von Thalheim entdeckten „Sowjetisierungs“-Elemente allesamt auch in unserem Sozialismus-Papier in dieser oder jener Form als unverzichtbare Bestandteile eines künftigen sozialistischen Anlaufs wieder. Zweitens stellen sie eigentlich nichts anderes dar als die bereits 1957 (!) von allen (!) kommunistischen und Arbeiterparteien als allgemeingültig definierten Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus. Unsere Theoretiker sollten sich erklären, ob und wie weit sie diese Überlegungen bei ihren Attacken gegen das sowjetische Sozialismus-Modell im Auge hatten.

Sollten sie jedoch an eine Unterbewertung der national-spezifischen Züge gegenüber den allgemeingültigen Prinzipien gedacht haben, muß

ich zu bedenken geben, daß ihre Vorwürfe - zumindest bezogen auf die DDR - auch sachlich gegenstandslos bzw. überzogen sind. Die DDR hat im Rahmen der als allgemeingültig anerkannten Prinzipien stets wesentliche eigene Elemente in ihrem Gesellschaftssystem realisiert, die stark von nationalen Traditionen und den konkreten Ausgangsbedingungen bestimmt waren. So konnten, durch das Potsdamer Abkommen legitimiert, die Werktätigen in der SBZ schon im Prozeß der Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur Bildung von Volkseigentum übergehen. Den Grundstein dafür legte am 30.6.1946 der Volksentscheid in Sachsen, an dem sich 93,7 % der wahlberechtigten Bürger beteiligten, von denen 77,6 % für eine entschädigungslose Enteignung der Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher stimmten. Auch die Entwicklung der LPG war ein differenzierter Prozeß, der über Jahrzehnte andauerte und mit einfachen Formen der gemeinsamen Bewirtschaftung der Felder begann. Im Unterschied zur UdSSR blieb der Boden Privateigentum der Bauern, das im Grundbuch nachgewiesen war (und heute zu komplizierten Pachtverhältnissen in der Landwirtschaft beiträgt). Von Anfang an bestand in der DDR ein Mehrparteiensystem, bis zum Schluß gab es private Handwerker und Einzelhändler. Auch im Bildungs- und Rechtswesen bestanden gravierende Unterschiede. In der Industrie waren sowohl die materielle als auch die Leitungsstruktur wesentlich anders als die der Sowjetunion. Der hohe Anteil verarbeitender Industriezweige, die hochgradige Spezialisierung und -damit verbunden- Kooperationsabhängigkeit der Betriebe sowie die starke Industriedichtepprägten die Leitungsmethoden entscheidend („... Betriebe der Industrie und der Bauwirtschaft ... wurden in Kombinatzen zusammengeschlossen, die Ähnlichkeiten mit westlichen Konzernen haben ...“, Thalheim, S. 13)

Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Sie würde das Bemühen der SED bestätigen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, stets solche Formen und Methoden zu entwickeln, die der Dialektik von allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und konkreten nationalen Bedingungen am besten entsprachen. Wie weit ihr das gelungen ist bzw. warum nicht immer und vielleicht auch nicht genug - dies wäre ein wahrhaft akzeptabler Ansatz für weiterführende Diskussionen.

Unsere Debatten sollten sich, wenn wir ein brauchbares Ergebnis von ihnen erwarten, an Lenins Gedanken zu dieser Thematik orientieren: „Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern bestehen ..., erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung ... eine solche Anwendung der **grundlegenden** Prinzipien des Kommunismus ..., bei der diese Prinzipien **im einzelnen richtig modifiziert** und den nationalen ... Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden.“ (Lenin, Der 'linke Radikalismus', Die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 79)

Das Ziel der Diskussion sollte also in einer Korrektur bzw. Versachlichung der oben genannten Passage unseres „Sozialismus-Papiers“ bestehen.

Annemarie Mühlefeldt

„Prawda Rossiji“ zu den Duma-Wahlen in Rußland

Ein nüchternes Urteil

Der Artikel wurde vor der Verkündung des endgültigen Wahlergebnisses geschrieben. Diesem zufolge errang der von der KPRF angeführte Block „Für den Sieg“ 1 Million Stimmen mehr als 1995. Die KPRF erzielte 67 Listenplätze und 71 Direktmandate.

... Am Ende des scheidenden Jahres ist besonders klar, daß es für die KPRF keine wichtigere und verantwortlichere Aufgabe gibt als das Hineintragen sozialistischen Bewußtseins in die Vielmillionenarmee der Lohnarbeiter. Übrigens - die Ergebnisse der KPRF bei den Duma-Wahlen werden sowohl in den Massenmedien als auch im Ausland sehr uneinheitlich beurteilt. Die einen sprechen etwas prahlerisch von einem großen Sieg, andere zweifeln ernsthaft daran. Wenden wir uns also den Zahlen zu: 1995 stimmten für die KPRF rund 15,4 Millionen Menschen, jetzt sind es fast 15,6 Millionen. Jedoch besteht die reale Arithmetik des Zuwachses offensichtlich nicht allein in dem bescheidenen Unterschied von 0,2 Millionen Wählern. Man muß im Blick haben, daß in den vier Jahren, die seit den Wahlen zur zweiten Duma vergangen sind, in Rußland fast 8 Millionen Wähler verstarben. Bürgerliche Medien heben gewöhnlich mit Befriedigung hervor, daß die KPRF vor allem die Unterstützung Bejahrter genieße. Wir werden jedoch nicht alle 8 Millionen Verstorbenen zur kommunistischen Wählerschaft rechnen, aber wir sind uns wohl darin einig, daß 1995 aus ihrer Zahl etwa 3 bis 3,5 Millionen für die KPRF gestimmt haben dürften. Jetzt sind an ihre Stelle neue Freunde der Partei getreten. Also haben sich in den vier Jahren bei der KPRF 3,2 bis 3,7 Millionen neue Sympathisanten eingestellt. Das bedeutet, daß die Zahl der Anhänger der sozialistischen Idee in der Periode zwischen den Wahlen faktisch um ungefähr 25 % gewachsen ist. Eben dieser Zuwachs gibt nach wie vor Grund zu der Behauptung, daß die Kommunistische Partei die führende Partei der russischen Gesellschaft bleibt, daß sie keine Konkurrenten in der Oppositionsbewegung hat, daß die Wähler nur mit ihr die Hoffnung auf eine entschiedene Änderung des sozial-ökonomischen und politischen Kurses verbinden.

Aber eben hier gibt es auch Probleme bei der Einschätzung der Ergebnisse der Duma-Wahlen. Der Zuwachs an Einfluß der KP hat sich offensichtlich als ungenügend erwiesen, um nachdrücklich von der realen Möglichkeit sprechen zu können, den ökonomischen, sozialen und politischen Kurs der Föderalmacht zu ändern. Der Anerkennung dieser Tatsache liegen keine Ränke von Geiferern zugrunde, sondern die objektive und gewissenhafte Einschätzung der entstandenen Situation. Was die Abstimmungsergebnisse betrifft, so sehen sie ganz unterschiedlich aus - in Abhängigkeit vom Maßstab der Ziele, die sich die heutigen Kommunisten gestellt haben.

Wenn sich die Partei darauf orientiert, der kapitalistischen Restauration Einhalt zu gebieten, das soziale System nicht einfach auf friedlichem, sondern auf zutiefst verfassungsmäßigem Wege zu ändern, dann sind die am 19. Dezember erzielten Ergebnisse sehr bescheiden und die formelle Stimmenverteilung äußerst betrüblich. Sind doch im Falle einer Vereinigung aller Kräfte kapitalistischer Orientierung in der Duma diese durchaus dazu imstande, Gesetze zu beschließen, die weite Räume für eine folgende Etappe der Restauration des Kapitalismus öffnen. Und wenn in der Gesellschaft der Zustand eines instabilen Gleichgewichts bewahrt bleibt, dann nicht dank der dritten Duma, sondern aus der objektiven Unfähigkeit der Verfechter des kapitalistischen Weges heraus, jenes ökonomische, materiell-technische, soziale und geistige Erbe "umzuschmelzen", das ihnen aus dem sowjetischen Sozialismus zugefallen ist ... Heute ist das sowjetische Erbe objektiv der Hauptschutz für den (direkt oder indirekt) ausgebeuteten Teil der Gesellschaft. Es existiert nicht nur im lebendigen Gedächtnis von Millionen Menschen, sondern auch in der noch erhalten gebliebenen kostenlosen Bildung, in den Streitkräften, in Fabriken und Werken, sogar, wenn diese jetzt stillgelegt sind ...

Der Erfolg der KPRF bei den Wahlen reicht völlig aus, wenn wir ins 21. Jahrhundert eintreten und uns das Ziel stellen, die Erreichung eines neuen Niveaus der kapitalistischen Restauration nicht zuzulassen, den Zustand des instabilen Gleichgewichts zu verlängern, für eine Anfangsphase die Gesellschaft in Richtung des Staatskapitalismus (keineswegs des staatsmonopolistischen Kapitalismus!) zu bewegen. Eben in dieser Richtung sind vorsichtige Versuche von der Regierung Primakow-Masljukow

unternommen worden. Deshalb hat der Kreml sie auch gefeuert, und deshalb wird Primakow beim künftigen Wettlauf um den Präsidentenposten nicht weniger geringschätzig behandelt werden als seine „Vaterlands“-Partei in den letzten Monaten behandelt worden ist. Die Fraktion der KPRF in der neuen Duma ist das „Aufmarschgebiet“, das groß genug ist (faktisch besitzt die KPRF mehr als ein Drittel der Sitze und in Direktmandatsbezirken hat sie mehr Abgeordnete als auf der Parteiliste gewonnen).

Das Geschrei der Rechten in Funk und Fernsehen von einem vernichtenden Sieg über die Kommunisten - das ist nicht nur primitive Propaganda, sondern dient auch der Selbstberuhigung. Nur als Unsicherheit ist es zu deuten, daß Schabdurassulow, einer ihrer Sprecher, erklärte, der 19. Dezember bedeute eine ... „REVOLUTION“. Diese Behauptung ist ebenso blödsinnig wie nicht stichhaltig.

Wenn aber jemand das Ziel der Partei darin sieht, das friedliche Funktionieren im Rahmen des bürgerlichen politischen Systems („Wir werden Realisten sein, etwas anderes gibt es heute nicht“ - eine sehr überzeugend klingende Rechtfertigung des ... Opportunismus) sicherzustellen, dann hat die KPRF am 19. Dezember einen geradezu ohrenbetäubenden Erfolg errungen. Größte Fraktion zu sein ist der grenzenlose Traum einer jeden Parlamentspartei! Aber die neue Kräfteverteilung in der Duma erlöst sie obendrein auch noch von der Last der Hauptverantwortung für gefälschte Beschlüsse. Tatsächlich ein nie dagewesener Erfolg ...!

Nein, die Lebensfähigkeit des Leninschen Erbes wird es der KPRF nicht erlauben, in den Sumpf des Opportunismus abzugleiten.

Viktor Truschkow,
Mitglied des ZK der KPRF

Übersetzung: Eberhard Bock



Brigitte Dressel traf mit Jugoslawiens Sozialistenführer Dr. Vujovic zusammen

Realitätssinn und Optimismus

„Wir sind froh, daß die Menschlichkeit keine Grenzen kennt“. Das schreiben mir Anfang Dezember meine Freunde aus Kragujevac, nachdem ich von einer neuerlichen Belgradreise zurückgekehrt bin. Diesmal fahre ich mit einem kleinen Konvoi. Wir sind acht Friedensfreunde, darunter sechs mittelständische Unternehmer aus Sachsen und Thüringen.

Vor der Abreise „glüht“ unser Telefon. Ich rufe meine Genossen der DKP-Gruppe Berlin Nordost und Sympathisanten an, bitte um Unterstützung. Das Ergebnis ist überwältigend. Ich kann mit wertvollen Sachspenden und etlichem Bargeld nach Jugoslawien fahren. Nach einer Übernachtung im eiskalten Hotel bei Novi Sad (die Heizwerke wurden im Krieg zerstört, Öl kommt durch das Embargo nicht ins Land) finden am 22. November in Belgrad erste Besprechungen statt: In der jugoslawischen Industrie- und Handelskammer, in Ministerien, mit der Leitung des Zastava-Werkes.

Die Hauptstadt macht äußerlich den Eindruck einer ganz normalen Metropole. Es geht laut und lebendig zu. Hektischer Autoverkehr. Wer am energischsten hupt, erhält die Vorfahrt. Auf Sauberkeit wird viel Wert gelegt. Auffallend für mich: keine Bettler, keine Obdachlosen. Aber in den Gesprächen erfahren wir, mit welchen immensen Schwierigkeiten das serbische Volk zu kämpfen hat. Durch das seit Juni 1999 bestehende Totalembargo, das die USA und die meisten westeuropäischen Länder über Jugoslawien verhängt haben, gibt es keine Möglichkeit, die zerstörten Betriebe wiederaufzubauen. Kein Export aber bedeutet: keine Devisen. Angesichts des Winters ist die Versorgung mit Strom und Heizwärme für die nächsten Monate Belgrads größtes Problem. Zusätzlich zu den mehr als zwei Millionen Einwohnern leben jetzt auch 700 000 Flüchtlinge in der Stadt! Nachmittags dann die Begegnung mit meinen Freunden aus Kragujevac, die ich nur aus der Korrespondenz kenne und nun zum ersten Mal sehe. Sie überhäufen mich mit Büchern, die sie selbst geschrieben haben, mit Urkunden, mit all ihrer Herzlichkeit. Jetzt bin ich ganz sicher, daß unsere Solidaritätsspenden sinnvoll sind. Und immer wieder die Einladung nach Kragujevac, an die „Schule des Friedens“. Nach einer Stunde - mehr Zeit habe ich leider nicht - packen wir ihren Lada mit Hilfsgütern aus meinem Gepäck voll. Frau Stefanovic muß auf Kisten die Heimfahrt antreten. Ich weiß, daß sie die Reise nach Belgrad eine Monatszuteilung Benzin gekostet hat.

Abends führt uns Stefan - der serbische

Begleiter - in ein Restaurant an der Donau. Drinnen findet eine fröhliche Feier statt. Eine Kapelle spielt wunderschön und laut, es wird gesungen und sogar auf dem Tisch getanzt. Unsere Gespräche erschwert das, aber die Stimmung steckt an. Man mag nicht glauben, daß diese fröhlichen Menschen noch vor Monaten bei mörderischen NATO-Angriffen in den Kellern gehockt haben.

Das aufregendste Erlebnis erwartet Keith (einen britischen Kommunisten, der Mitglied der PDS ist) und mich dann am nächsten Morgen: Wir beide sind zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Serbiens, der gleichzeitig Bundesminister Jugoslawiens ist, eingeladen. Wir sind bewegt und aufgeregt, nicht zuletzt wegen der Anwesenheit des serbischen Fernsehens. Punkt acht Uhr stellen wir Dr. Vujovic unsere erste Frage. Wir wollen erfahren, wie die führende Partei des Landes die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des Krieges bewältigt, wie sie die Auswirkungen des Embargos einschätzt. Genosse Vujovic erklärt uns, daß der seit zehn Jahren bestehende Druck auf Jugoslawien die Zuversicht des Volkes nicht habe brechen können. Die Sozialistische Partei mit ihren 600 000 Mitgliedern sei aus den Wahlen des Jahres 1998 mit 65 % der Stimmen siegreich hervorgegangen. Für die im Jahr 2 000 anstehenden erneuten Parlamentswahlen rechne sie mit einer Stärkung ihres Gewichts. Das serbische Volk stehe hinter Präsident Slobodan Milosevic. Während der Bombardements auf Belgrad habe er die Menschen nicht im Stich gelassen. Sie alle seien gemeinsam die moralischen Sieger.

Für Arbeitslose - ihre Zahl habe seit dem Krieg um 80 000 zugenommen - sei von der Partei ein spezielles Programm aufgelegt worden, berichtet uns der Minister. Die fortgesetzte Aggression gegen sein Land in Gestalt des Embargos, die ständige Ermordung von Serben und Angehörigen anderer Nationalitäten im Kosovo, die Medienblockade, die Weigerung der NATO, die angerichteten Schäden zu beseitigen - all das stelle eine schwere Belastung für Jugoslawien dar. Dennoch werde man mit den Problemen fertig werden. Die größte Hilfe sei die weltweite Verbreitung der Wahrheit über den Aggressionskrieg. Wir sind beeindruckt von dem Realitätssinn, der Festigkeit und dem Optimismus dieser Worte.

Auf der Rückfahrt nach Deutschland hatten wir noch einmal in Novi Sad. Die aus dem Wasser ragenden zerstörten Donau-

Brücken bieten ein beklemmendes Bild. So bin ich froh, als wir weiterfahren. Meinen serbischen Freunden habe ich versprochen, daß ich wiederkomme. Mit neuen Hilfsgütern. Denn solidarische Hilfe tut weiterhin dringend not.

Ein Pyrrhussieg

Die bürgerliche Klassenherrschaft kämpft heute ihren letzten weltgeschichtlichen Kampf unter fremder Flagge, unter der Flagge der Revolution selbst. Es ist eine sozialistische Partei, es ist das ureigenste Geschöpf der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes, das sich in das wichtigste Instrument der bürgerlichen Gegenrevolution verwandelt hat.

Kern, Tendenz, Politik, Psychologie, Methoden - alles ist gut kapitalistisch. Nur Schilder, Apparat und Phraseologie sind vom Sozialismus übrig geblieben. Und doch genügen Schilder, Apparat und Phraseologie, um breite Massen über Kern und Inhalt der Politik zu täuschen, um einen Delegierten-Rat des revolutionären Proletariats zum Mameluckentrupp der Gegenrevolution zu degradieren. Das ist die Schule der deutschen Sozialdemokratie, das ist die Quitting über die letzten 25 Jahre ihrer Tätigkeit.

Rosa Luxemburg, „Die Rote Fahne“, 21. Dezember 1918

Zitiert bei: **Heinz Kamnitzer**. Die große Verschwörung. S. 89

KARLHEINZ EFFENBERGER

Was die DDR schon alles war:

- Sowjetische Besatzungszone (SBZ)
- Zone
- Mitteldeutschland
- angebliche DDR
- sogenannte DDR
- Deutsche Demokratische Republik
- ehemalige DDR
- Unrechtsstaat mit Becherhymne
- Verbrecherstaat mit Spalterflagge
- Kommunistische SED-Diktatur

Was wird aus Hamburgs Flußufern?

Die SPD und die Reichen

„An de Alster, an de Elbe, an de Bill“ liegt Hamburg, wie es auf Platt in einem Lied heißt, dessen Reim weitergeht, „... dor kann jeder eener moken, wat he will“. Von der Bille muß hier noch nicht geredet werden, aber von Alster und Elbe und davon, daß „jeder eener“ enge Grenzen hat.

Die Alster ist in der Stadtmitte zu einem schönen See aufgestaut, dessen Ufer bis 1945 weitestgehend im Besitz der dort wohnenden Bonzen waren - ab 1933 auch Naziführer. Dort fielen keine anglo-amerikanischen Bombenteppiche. Max Brauer, stadtbekannter Sozialdemokrat, der vor den Faschisten ins Ausland fliehen mußte, wo er auch als Berater der Kuomintang Tschiankaischeks in China tätig war, wurde nach der Befreiung Erster Bürgermeister Hamburgs. Unter ihm enteignete man diese Ufergrundstücke und ließ sie der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das steigerte Brauers Popularität und half ihm auch, den antikomunistischen Kurs der rechten SPD-Führung durchzusetzen. Zu ihm gehörte die „Zusammenlegung“ von Wahlbezirken, um die KPD zu schwächen - z. B. wurde das rote Hafenviertel, in dem die Kommunisten 15 % der Stimmen erhielten, mit großbürgerlichen Elbvororten, wo die Partei weniger als 1 % bekam, verbunden. (In diesen Villengegenden waren im Krieg natürlich auch keine Bomben gefallen.)

Bürgermeister kamen und gingen, Millionäre gingen kaum, sondern wurden immer mehr, während die Kassen der Stadt immer leerer wurden. Wandlungen vollzogen sich im Hafenumschlag, das „Werftsterben“ setzte ein, die Industriestadt wurde zur „Dienstleistungs- und Medienmetropole“ mit zahlreichen hochbezahlten Managern und deren noch zahlreicherem Gefolge. Hinzu kamen das Show-Geschäft, Händler für Luxuskonsum und dergleichen mehr. In das Blickfeld dieser reichen Oberschicht geriet - da das Alsterufer nicht zu haben war - nun das Ufer der Elbe: Wohnen, arbeiten, konsumieren am großen Hafen wurde seit etwa 1980 „chic“ und galt als „in“. Dort, wo früher Arbeiter lebten, Umschlagsanlagen und Speicher standen, wurden noble Büros, Studios, Restaurants und Wohnungen der Extraklasse - für die herrschende Klasse, versteht sich - geschaffen. Stahl- und Glaspaläste, nichts fürs Proletariat: Eine Wohnung von 120

m² mit Elbblick, gleich neben den berühmten „Hafenstraßenhäusern“, kostet im Monat mehr als 5 000 DM Miete!

Der gemeinsam mit den Hamburger „Grünen“ jetzt regierende SPD-Bürgermeister Ortwin Runde tut alles zur Förderung dieser Entwicklung und das Gegenteil seines längst verstorbenen Parteigenossen Max Brauer: Er verkauft das Elbufer an „private Investoren“. Neben dem pompösen Bau, in dem auch „Greenpeace“ sitzt, wird trotz der Proteste vieler Bürger und kleiner Betriebe bald der Alte Holzhafen mit Riesenklotzen vollgemauert. Unterhalb des Arbeiterviertels Altona wurde damit begonnen, eines der allerletzten unbebauten Elbuferstücke mit einem 200-Millionen-Projekt zuzupflastern. In fünf Stockwerken entstehen dort Luxuswohnungen, Geschäftsräume. Auch die Erweiterung eines daneben errichteten Seniorenheims für Millionäre ist vorgesehen. Arme Menschen brauchen keinen unverbauten Elbblick! Vorher lagen an dieser Stelle jene Wohnschiffe, die 1989 zunächst Republikflüchtige, dann Menschen aus Afrika, Kurdistan, Afghanistan und anderen Ländern unter unwürdigen Bedingungen behausten. (Die albanischen NATO-Schützlinge aus dem Kosovo mußten nicht dorthin ...) Die Schiffe sind verschwunden. Viele der Menschen auch - abgeschoben, wie es die menschenfeindliche Flüchtlingspolitik des rosa-grünen Senats vorsieht. Sie wurden nur allzu oft in die Fänge derer getrieben, vor denen sie geflohen waren.

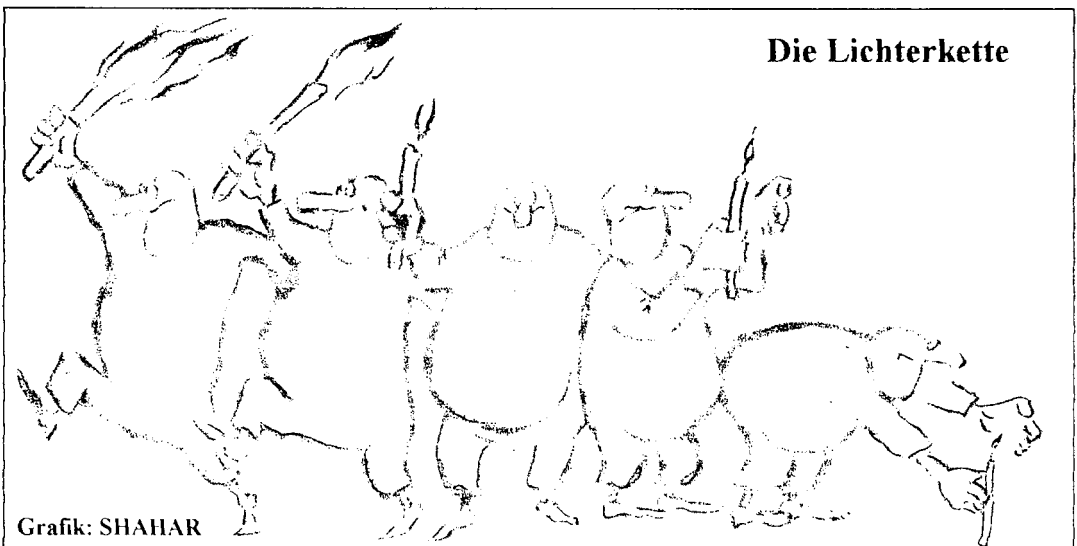
Und die olivgrüne Frau Sager - Rundes Stellvertreterin? Sie schweigt zu all dem. Sicher nicht nur, weil sie bequem in der Koalition sitzt und bei ihrer Mittelmäßigkeit kaum wieder eine so hochdotierte Position wie den Sessel des Zweiten Bürgermeisters ergattern würde. Es ist auch

ihre Klientel, die der Elbblick reizt. Und dort lebt nicht der Wachtelkönig, dessen Schutz der Basis für die Preisgabe „grüner Prinzipien“ in der Koalition als Almosen geboten wurde; hier findet man nur Buchfinken, Spatzen, Möwen und Ratten. Und die sind fast ebensowenig schützenswert wie die Menschen in Jugoslawien, deren Bombardierung auch Frau Sager zustimmte.

Parks, Grünflächen? Die gibt es weiter westlich genug, in Nienstedten, unterhalb der Elbchaussee, in Blankenese. Sie sind allerdings überwiegend Privateigentum der Großbourgeoisie, alarmgesichert und teilweise etwa so groß wie die gesamte Grünfläche, die den Bewohnern St. Paulis zur Verfügung steht. Daß dort, wo diese Privatparks vorherrschen, natürlich keine Autobahn gebaut werden kann, erspart Hamburg wohl jene westlichen Elbbrücken, die der Nazi-Statthalter Kaufmann einst seinem Führer bauen wollte. Dem aber würde der heutige und künftige Anblick des nördlichen Elbufers durchaus gefallen: In den 80er Jahren veröffentlichten kritische Historiker eine große Szenen-Skizze, deren eine Hälfte die Nazi-Planung für die architektonische Gestaltung des Elbufers zeigte - was durch den Ausgang des Krieges ins Wasser fiel -, während die andere die bereits realisierte gegenwärtige und die künftig vorgesehene Bebauung abbildete. Die Ähnlichkeit ist verblüffend.

Max Brauers Enteignungsaktion vor über 50 Jahren mutet in diesem Szenario fast sozialistisch an. Ob Hamburgs „moderne Sozialdemokraten“ und deren grüne Kumpane den Bundeskollegen, die sogar Naturschutzgebiete verscherbeln, noch konsequenter nacheifern und demnächst auch das Alsterufer wieder an „private Investoren“ verkaufen?

Werner Hoppe



Grafik: SHAHAR

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (16)

Zu Fragen des Leninismus

Auf einer Konferenz über „low-intensity-war“ (Kriege von geringer Intensität) in Fort McNair (Washington, D.C.) im Januar 1986 bemerkte Fred Iklé, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, daß man bei Aufständen in der Dritten Welt nicht lange nach den Ursachen forschen müsse. Sie seien stets in einer Theorie zu finden, die Leninismus genannt werde.

Wenn diese Aussage auch falsch ist, denn die Ursachen solcher Aufstände sind in den Widersprüchen des imperialistischen Welt-systems zu suchen, so hat Mr. Iklé jedoch eins begriffen: Die Universalität des Leninismus als theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen der weltweiten Klassenkämpfe des 20. Jahrhunderts.

Die Mehrheit bürgerlicher Publizisten bestreitet indes die Allgemeingültigkeit des Leninismus, was nicht neu ist. Neu - oder altneu? - ist jedoch, daß auch von gestandenen Kommunisten wie Robert Steigerwald die universelle Bedeutung des Leninismus oder einer seiner Teiltheorien - des „von Lenin erarbeiteten bolschewistischen Partei- und Machtkonzepts“ - als ein „Konzept für die spezifischen Verhältnisse des zaristischen Rußlands“ in Frage gestellt wird. Lenins Parteikonzept in „Was tun?“ wäre eines „für die tiefste Illegalität und nicht identisch mit jenem, das für legale Verhältnisse gedacht war.“ (Robert Steigerwald. Knackpunkt: Die Partei- und Machtfrage. In: UZ-Magazin, 3/99, S. 19)

Erstens ist „Was tun?“ nicht die einzige Arbeit Lenins, in der er sein „bolschewistisches Parteikonzept“ ausgearbeitet hat, zweitens war Lenin der Unterschied zwischen illegalen und legalen Bedingungen durchaus bekannt, und drittens bildet in „Was tun?“ die Auseinandersetzung mit dem westeuropäischen Revisionismus einen Schwerpunkt. Lenin ging es eben nicht nur um den „Aufbau einer kampffähigen gesamtrussischen Organisation“ (LW 5/358), sondern zugleich um die Zerschlagung der „neuen“ Richtung in der Parteitheorie der internationalen Sozialdemokratie, die darauf abzielte, diese aus einer „Partei der sozialen Revolution“ in eine „demokratische Partei der sozialen Reformen“ umzuwandeln. Einer „Richtung“, die dem „alten dogmatischen“ Marxismus „kritisch“ gegenüberstehe, wie mit genügender Klarheit „Bernstein gesagt und Millerand gezeigt“ hätten.

(LW 5/361 f.)

Lenin bemerkt in einer ergänzenden Fußnote ausdrücklich, „... daß der Streit der verschiedenen Richtungen innerhalb des Sozialismus zum ersten Mal aus einem

nationalen zu einem internationalen geworden ist. In früheren Zeiten blieb der Streit zwischen Lassalleanern und Eisenachern, zwischen Guesdisten und Possibilisten, zwischen Fabiern und Sozialdemokraten, zwischen den Narodowolzen und den Sozialdemokraten auf rein nationalen Rahmen beschränkt, spiegelte rein nationale Besonderheiten wider, spielte sich sozusagen auf verschiedenen Ebenen ab. Heute (jetzt ist das bereits deutlich zu erkennen) bilden die englischen Fabier, die französischen Ministerialisten, die deutschen Bernsteinianer und die russischen Kritiker eine einzige Familie, sie alle loben einander, lernen voneinander und ziehen gemeinsam gegen den 'dogmatischen' Marxismus zu Felde. Vielleicht wird die internationale revolutionäre Sozialdemokratie in diesem ersten wirklich internationalen Ringen mit dem sozialistischen Opportunismus genügend erstarken, um der schon seit langem in Europa herrschenden politischen Reaktion ein Ende zu bereiten?“ (LW 5/361)

Die in „Was tun?“ ausgearbeiteten theoretischen Grundlagen einer Partei neuen Typus sind also keineswegs nur auf die russischen Verhältnisse „tiefster Illegalität“ zu reduzieren, sondern besitzen allgemeingültige Bedeutung. Lenin hat in seinen Veröffentlichungen - ungefähr 9 000 Arbeiten und Dokumente - mehrfach darauf verwiesen, daß nicht allen Entscheidungen, die die Bolschewiki unter den konkreten Bedingungen Rußlands treffen mußten und die auch theoretisch reflektiert wurden, universelles Gewicht zukommt. In „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1920) machte er darauf aufmerksam, „... daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben. Lenin warnte zugleich davor, daß es ein „großer Fehler“ wäre, „diese Wahrheit zu übertreiben und sie auf mehr als einige Grundzüge unserer Revolution auszudehnen“. (LW 31/5)

Die universelle Bedeutung des Leninismus erklärt sich daraus, daß die drei russischen Revolutionen, besonders die Oktoberrevolution, die ersten demokratischen Umwälzungen und die erste sozialistische Revolution unter den Bedingungen des Imperialismus waren. Fast gleichzeitig mit den russischen Revolutionen vollzogen sich die national-demokratische Revolution in China und revolutionäre Massenbewegungen in anderen asiatischen Ländern. „Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Eu-



ropas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist.“ (LW 19/69) „Der klassenbewußte europäische Arbeiter findet jetzt auch in Asien seine Genossen, und die Zahl dieser Genossen wächst täglich und stündlich.“ (LW 15/179)

Äußerungen dieser Art verführten bürgerliche Theoretiker zu der Schlußfolgerung, daß der Leninismus die „Entwicklungstheorie“ für ökonomisch zurückgebliebene Länder sei. Wenn diese Schlußfolgerung auch einseitig und theoretisch nicht haltbar ist, so konzedieren deren Verfechter doch immerhin einer Seite des Leninismus universelle Bedeutung - und zwar für die Mehrheit der Menschheit.

Die Ära der Weltgeschichte, die nach Lenin Anfang des 20. Jahrhunderts begonnen hat, ist durch die Niederlage des europäischen Sozialismus nicht beendet, sondern wird im 21. Jahrhundert ihre Fortsetzung finden. Dafür ist von entscheidender Bedeutung, daß wir unser theoretisches Pulver trocken halten. Der Verzicht auf den Leninismus, die Leugnung seiner Allgemeingültigkeit stellen eine unzulässige Verkürzung der marxistischen Theorie dar. Marxismus und Leninismus sind inhaltlich miteinander verflochten, verkörpern eine theoretisch begründete einheitliche Weltanschauung, gehören als Marxismus-Leninismus zusammen. Die Aufgabe oder revisionistische Verfälschung des Marxismus-Leninismus, die Trennung des Leninismus vom Marxismus, waren die entscheidende theoretische Ursache für die Niederlage des europäischen Sozialismus.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin: Was tun? In: LW 5/357-365, 378-383

Lenin: Der „linke Radikalismus“, Die Kinderkrankheit im Kommunismus, In: LW 31 5-7

Reporterskizzen (20)

Post von Ela

Unlängst erhielt ich Post von einer alten Freundin aus Warszawa. Ela Kołomejczyk - Historikerin, zu Volkspolens Zeiten einige Jahre in der Hauptkommission des Innenministeriums für die Untersuchung von Naziverbrechen tätig und Witwe des namhaften Wissenschaftlers Dr. Norbert Kołomejczyk, der als Direktor im Zentralen Parteiarchiv der PVAP (PZPR) arbeitete - brachte die Rede auch auf den „RotFuchs“. „Mit viel Aufmerksamkeit habe ich die Artikel gelesen, die sich mit dem 50. Jahrestag der Gründung der DDR befaßten. Sie gaben mir gute Argumente für viele Gespräche mit Freunden und Bekannten über die DDR und über den „Mauerfall“, auch „Revolution“ genannt. '3 Sat' hatte uns ja lange Zeit mit einer 'Dokumentationsreihe' beglückt. Etwas für politische

Idioten, die es bei Euch und uns in Bündeln gibt. Noch heute sagt ein Teil der Leute, denen die 'Solidarność' alles genommen hat: 'Die Kommune ist schuld.'"

Im übrigen denke sie, fuhr Ela fort, „daß wir wieder in derselben Situation wie unsere Väter sind, als sie den Kampf um soziale und politische Gerechtigkeit aufnahmen. Bei uns in Polen herrscht ein Kapitalismus, wie er in Westeuropa im 19. Jahrhundert existierte.“

Der Brief knüpft an Dinge an, die vor einem halben Jahrhundert ihren Anfang nahmen ...

1950 war ich in Berlin der Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft beigetreten, die antipolnischen Ressentiments von den Nazis „erzogener“ Deutscher entgegentrat. Um die Jahreswende 1952/53 - kurz nach meiner Immatrikulation an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität - wurde mir angetragen, die Aufgaben eines Berliner Korrespondenten der Warschauer Studentenzeitung „Poprostu“ zu übernehmen. Das Blatt vertrat zunächst eine volkspolnische Linie, legte aber nach dem entscheidungsschweren Sommer 1956 „systemkritische“ Distanz zum Sozialismus ein, was mich dazu veranlaßte, die Tätigkeit für „Poprostu“ zu beenden. Inzwischen schrieb ich gelegentlich für die Warschauer PVAP-Wojewodschaftszeitung „Tribuna Mazowiecka“.

Parallel zu meinen „polnischen Aktivitäten“ lief noch ein anderer „Film“. Auf eine Briefwunsch-Annonce im WBDJ-Magazin „Weltjugend“, das in sämtlichen Hauptsprachen herauskam, erhielt ich einen ganzen Wäschekorb voller Antworten. Ich brauchte Wochen, um den Berg aus Briefen und Karten zu bewältigen. Dabei fielen mir die Zeiten einer jungen Frau durch Gedankentiefe, kommunistisches Profil und ein unanfechtbares Deutsch besonders auf. Dem Poststempel nach kam der Brief aus Kasan an der Wolga, der tatarischen ASSR-Hauptstadt. Die Absenderin verniet, sie und ihr Mann seien Bürger Volkspolens und studier-

ten in der Sowjetunion Geschichte. Bald ließ mich Ela - denn um sie handelte es sich - auch wissen, sie sei im zweisprachigen Gebiet Oberschlesiens aufgewachsen. Besonders enge Bindungen habe sie in ihrer Kindheit zur Familie Paweł Finders, des von den deutschen Faschisten hingerichteten Generalsekretärs der illegalen Polnischen Arbeiterpartei (PPR), unterhalten.

Als ich im Juli 1955 - von der „Poprostu“-Redaktion betreut - zu den V. Weltfestspielen erstmals nach Warszawa kam, waren die Kołomejczyks gerade vom Auslandsstudium nach Hause zurückgekehrt. Nach Jahren intensiver Korrespondenz - wir hatten dabei leidenschaftlich debattiert und gestritten - folgte nun die direkte Begegnung als Beginn einer

Freundschaft, die die Zeiten überdauerte.

In Warszawa stieß die gesamtdeutsche Delegation - unser Wappen auf den marineblauen Sakkos war schwarz-rot-gold ohne DDR-Emblem - verständlicherweise nicht nur auf Zuneigung. Die Völkermordverbrechen der faschistischen Soldateska, die Schrecken der Ghettos und der SS-Vernichtungslager brannten noch im Gedächtnis der Menschen. Ich erinnere mich schmerzhaft an eine alte Frau, die in der Straßenbahn kategorisch von mir verlangte, ich solle sofort aussteigen, da sie die Gegenwart eines Deutschen nicht ertragen könne. In der Redaktion fand ich am gleichen Tag einen herzlichen Willkommensgruß Leszek Opiełinski vor. Er freute sich, daß auch im Geiste Thälmanns handelnde junge Deutsche in der Weichselstadt seien, schrieb der Auschwitz-Überlebende und Journalist von „Tribuna Wolności“, der neben seinem Namen die KZ-Nummer vermerkte.

Dann bin ich mit Ela und der Genossin Pawlak-Finderowa - der Kampf- und Lebensgefährtin Paweł Finders - in ein Kino an der Marszałkowska gegangen, wo wir zu dritt den DEFA-Film „Stärker als die Nacht“ sahen. Diese zwei Stunden waren für mich der emotionelle und moralische Höhepunkt des Festivals.

Doch nicht nur Trauriges und zugleich Befreiendes erlebte ich in jenen Warschauer Tagen. Wir haben auch viel gelacht. Der umsichtige Betreuer, dem mich „Poprostu“ anvertraut hatte, war ein lustiger und listiger Vogel. Natürlich konnte ich nicht ahnen, daß ausgerechnet der kleine Jerzy Urban drei Jahrzehnte später als schlagfertiger Sprecher der polnischen Regierung, Chefredakteur einer lebhaft umstrittenen Zeitung und begnadeter Top-Journalist zu den markantesten, auch im Ausland wahrgenommenen Figuren der Warschauer Polit-Szene gehören würde.

Zunächst quartierte mich Urban im neuen Hotel „Warszawa“ ein, wo ich als Korrespondent einer polnischen Zeitung nach den Regeln der

Festival-Leitung nichts zu suchen hatte. Es war den Berichterstattem ausländischer Medien vorbehalten. Bei der Anmeldung in der Lobby wußte mein Begleiter Rat. Ich wurde kurzerhand als Reporter der „Jungen Welt“ eingeführt und bekam einen entsprechenden Presse-Ausweis. Als Klaus Haupt, der legitime Vertreter der „Jungen Welt“, davon erfuhr, stellte er mich mit Recht und erhobener Stimme zur Rede. Indes - dank Jerzy Urbans Verhandlungsgeschick behielt ich mein Zimmer im „Warszawa“.

Und da ist schließlich noch einiges über Stanisław Albinowski zu berichten, der von „Poprostu“ über die „Tribuna Mazowiecka“ zum PVAP-Zentralorgan „Tribuna Ludu“ wanderte, dessen anerkannter Ökonomie-Experte wurde und sich schließlich als Bonner Korrespondent dieses Blattes einen Namen machte. (Ich weiß nicht, was später aus ihm geworden ist.) Albinowski, der bei „Poprostu“ anfangs für die Bearbeitung von mir eingesandter Materialien zuständig war, hatte einen hartnäckigen Sprachfehler, der ihn jedoch nicht davon abhielt, längere Erklärungen zu bevorzugen. Bei einer Pressekonferenz mit Willy Brandt hatte der SPD-Politiker nach der Hälfte einer zeitaufwendig gestellten Frage des Journalisten deren Sinn bereits verstanden. So unterbrach er Albinowski mit der Antwort. Doch dieser gab sich nicht so leicht geschlagen. Als Brandt gesprochen hatte, erhob er sich noch einmal, um seine Frage zu beenden.

Wir führten über mehrere Jahre eine lebhaft Korrespondenz, die natürlich auch Privates einbezog. Nach der Scheidung seiner Ehe mit einer Ärztin schickte mir Albinowski, der sich im Deutschen zwar gut zurecht fand, aber gelegentlich Redewendungen durcheinanderbrachte, einen langen Brief, in dem er das eingetretene Malheur zu erklären suchte. Bei dieser Gelegenheit verhedderte er sich besonders arg. Er wollte offenbar sagen, eine Frau, die er liebe, müsse dazu imstande sein, seine Bedürfnisse zu befriedigen, schrieb jedoch: „Wenn ich sage, ich liebe Marie, dann heißt das, ich weiß, ich bin davon überzeugt, daß die Marie meine konkrete Notdurft verrichten kann und will.“ Albinowski gab noch einen drauf: „Ich könnte das beweisen“. Natürlich klärte ich ihn anschließend über seinen Volltreffer auf. Als ich Stanisław dann am ersten Festivaltag in der Redaktion der „Tribuna Mazowiecka“ besuchte, überraschte er mich mit einem druckfrischen Artikel. In dem Beitrag „Mein Freund Klaus“ fehlte auch die „Notdurft“-Episode nicht.

All das ist jetzt fast ein halbes Jahrhundert her. Einige der Akteure von einst sind - wie der großartige Norbert Kołomejczyk - nicht mehr am Leben. Andere haben sich gehäutet und die Farbe gewechselt. Jeder, der sich treu geblieben ist, zählt doppelt. Wen wundert es da, wenn meine alte Freundin Ela am Ende ihres eingangs erwähnten Briefes schreibt, ihr sei, als sie unlängst wieder einmal in den vergilbten Korrespondenzen gestöbert habe und dabei auf unseren Disput über USPD und KPD gestoßen sei, ganz warm ums Herz geworden. Ela, ich habe Gleiches bei der Gewißheit empfunden, daß Du - trotz aller Stürme und Schläge - noch immer dieselbe bist wie an jenem Sommertag 1955 mit Paweł Finders Frau im Kino an der Marszałkowska.

Klaus Steiniger



Ela Kołomejczyk (1954)

Ernst Busch

Das singende Herz der deutschen Arbeiterklasse

Als die Macht der Faschisten gebrochen war, begegnete der aus dem Zuchthaus Brandenburg befreite Ernst Busch – so erzählt er – einer Gruppe sowjetischer Soldaten. Er versuchte mühsam, seinen Befreiern mit einigen russischen Worten verständlich zu machen, daß er Ernst Busch sei. Da begann ein sowjetischer Offizier, das Lied „Links, links und links“ zu singen. Er umarmte Ernst Busch und sagte ihm, dem Häftling der Faschisten, daß seine große Kunst, die vom sowjetischen Rundfunk und von Schallplatten auch die Menschen der Sowjetvölker ermutigte, zu ihrem Sieg im Krieg für ihre eigene Freiheit und die Freiheit aller Völker Europas beigetragen hatte.

Ernst Buschs Wiederkehr als Schauspieler und Sänger erforderte von ihm eine heroische Arbeitsleistung und Selbstdisziplin, um die Folgen der Verletzung und der Leiden in der faschistischen Haft zu überwinden. Er brachte eine Wiederkehr mit ungebrochener, ja gereifter Kraft zustande, um hier bei uns für die Theaterkunst des neuen, des wirklich humanistischen, des sozialistischen Deutschlands zu arbeiten. Seine Kunst umfaßt einen weitgespannten Bogen von der Darstellung sozialistischer Helden unserer Epoche bis zu den Gestalten klassischer Werke. Wie ist er von dem klassenbewußten Proletarier Semjon Lapkin in Gorki/ Brechts „Die Mutter“ bis zu der Gestalt des Parteisekretärs, eines echten Bolschewiken, im „Sturm“ an darstellerischer Kraft gewachsen! Wie unvergleichlich vollendet erleben wir ihn im suchenden Forschen, im zweifelnden Schwanken, in der Kühnheit und List des Alters als Galilei. ... immer, ob in Stücken der Gegenwart oder der Klassik, gibt er hohe Beispiele einer differenzierten realistischen Darstellung. In Ernst Busch fanden die deutschen Bühnen im vergangenen Jahrzehnt einen ihrer bedeutendsten Menschengestalter.

Als Interpret von Songs und Liedern von Brecht, Weinert, Majakowski, Tucholsky und der internationalen Arbeiterbewegung oder von eigenen Liedern, als erster Sänger der 1950/51 geschaffenen „Neuen deutschen Volkslieder“ von Johannes R. Becher und Hanns Eisler, als Wiederentdecker und -erwecker der Moritaten und Spottlieder Frank Wedekinds aus dem wilhelminischen Kaiserreich, führte Ernst Busch seine Kunst als Sänger zur höheren Reife.

Für ihn charakteristisch ist jene Arbeitsmethode, die auch seine Freunde Brecht und Eisler auszeichnete: ständige schöpferische Unzufriedenheit, kritische Härte gegen sich und andere, Suche nach der Möglichkeit der künstlerischen Gestaltung, die den Inhalt am treffendsten zum Ausdruck bringt. Unermüdlich bemüht sich Busch als Schauspieler, jeden Ton, jede Geste, jeden Blick so zu treffen, daß mit den sparsamsten Mitteln die echte, realistische Wiedergabe erreicht wird. Als Sänger erstrebt er mit

dieser Bemühung, in der manchmal unendlich scheinenden Folge seiner Proben – man denke nur an seine Interpretation von Bechers „Es sind die alten Weisen“ und „Heimat, meine Trauer“ – den stählernen Klang mit dem Glanz des Zarten und Innigen in der Sprache der Revolution zu verbinden. Seine Arbeitsweise geht aus von dem Wissen, wie vieler Mühen es bedarf, die Meisterschaft zu erreichen, wie vielen Fleißes es bedarf, das Talent in seinen Möglichkeiten so auszu-schöpfen, daß es sich zum Genie erhebt. Ernst Buschs bis zum Äußersten gehendes Streben nach Prägnanz, Exaktheit und Vollkommenheit ist darauf gerichtet, daß ein Lied, eine Rolle, um echt zu wirken, so gestaltet werden muß, daß der Zuschauer und Hörer empfindet, daß man es nur so gestalten kann, wie er es macht. Es geht ihm dabei um eine große sozialistische und realistische Kunst.

Mit unserem Jahrhundert geboren, wurde Ernst Busch zum Sänger der Kraft, die den Weg unseres Jahrhunderts prägt. Er singt nicht von der sozialistischen Revolution oder über sie, er singt die Revolution, sie singt aus ihm. Er spielt nicht den proletarischen Kämpfer, er ist es. (...) Hanns Eisler hat ihn „das singende Herz der deutschen Arbeiterklasse“ genannt. Wenn je es einer war, so ist Ernst Busch ein deutscher Volksänger und Volksschauspieler unseres Jahrhunderts.

Alexander Abusch

(Neues Deutschland, 22. Januar 1964)

Ernst Busch bleibt in unserem Gedächtnis

„Die geplante Auslöschung des Namens Ernst Busch kann ich nur mit gemischten Gefühlen betrachten. Der Plan zunächst ist natürlich nicht überraschend. Man konnte nur gespannt sein, wie sie das machen wollen. Ich überlege also erst mal, was denn ausgelöscht werden soll – der Name Ernst Busch, die Erinnerung an den Jahrhundertmann und -künstler, seine Rollen, seine Lieder, seine Stimme? All das paßt nicht so recht in den Topf mit der freien Marktwirtschaft, die schon auffallend lange nicht mehr soziale Marktwirtschaft heißt. In diesem Topfkocht auch eine Suppe, die dem Busch nie geschmeckt hätte. Demzufolge möchten die heute zuständigen Köche am liebsten den ganzen Busch auslöschen. Kann man an sich verstehen: Es wäre ja auch verdächtig, wenn dieser Busch ihnen gleichgültig wäre, und wenn sie sagen könnten, der kratzt uns nicht mehr. Er kratzt sie aber noch, auch viele Jahre nach seinem Tode.

Also, was soll man machen? Ein Denkmal von Busch gibt es nicht, das man demontieren könnte wie das von Lenin. Die Demontage von Denkmälern ist ohnehin kindisch. Sie kostet einen Haufen Geld und hat die

Nebenwirkung, daß man auf die Leute aufmerksam macht, welchen die Denkmäler gewidmet waren. Lenin, um bei unserem Beispiel zu bleiben, läßt sich natürlich nicht aus dem Bewußtsein der Zeigenossen entfernen, indem man ein paar Tonnen Granit zersägt und wegräumt und die Lokalität in Platz der Vereinten Nationen umbenennt. Es kommt immer auf die Leute an, um die es sich handelt. Als die Berliner Allee in Weißensee noch Klement-Gottwald-Allee hieß, wußte in Weißensee trotzdem keiner, wer das mal war, und alle Leute nannten die Straße Berliner Allee. Bei Ernst Busch haben wir es mit einer anderen historischen Sachlage zu tun – also wir und auch der Senat dieser Stadt. Es gibt nämlich in Niederschönhausen noch das Ernst-Busch-Haus, in dem wir hier sitzen, und worin der Künstler bis 1980 gewohnt hat. Bis heute (der Artikel ist schon etwas älter) stand es jedermann offen, nicht etwa als eine Art von Gedächtnistempel mit Fackeln und künstlichem kalten Luftzug am Fußboden nebst indirekter Harfenmusik aus verborgenen Lautsprechern, sondern als ein Haus, in welchem man die Erinnerung an Ernst Busch begreifen, also sozusagen anfassen und in seinem Sinne diskutieren, singen oder sich sonstwie produzieren kann. Nun ist die Schließung des Ernst-Busch-Hauses verfügt worden. Der Sprecher des Kultursenators findet das „traurig, jedoch nicht zu ändern“, denn man müsse das Haus an die Erben des Alteigentümers zurückgeben. Pankows Kulturstadtrat, Herr Lubawinski, vermutlich ein ehrenwerter, vielleicht aber etwas naiver Herr, nimmt an, „die DDR-Vergangenheit solle vermutlich quasi von oben verdrängt werden“. Ja, so wird das wohl sein! Wobei der Hinweis gestattet sein mag, daß Ernst Busch nicht schlechthin DDR-Vergangenheit repräsentiert, sondern deutsche Vergangenheit, und das dürfte wohl ein gewisser Unterschied sein.

Zum Glück taucht, wenn sie mit ihrem ohnehin dürftigen politischen Latein am Ende sind, rechtzeitig immer ein Erbe des Alteigentümers aus dem Mustopf auf. Wie praktisch! Es ist vorauszusehen, daß nächsten ein Großneffe jenes alten Onkels auf der Bildfläche erscheint, dem das jetzige Brecht-Haus mal gehört haben soll. Er wird es wiederkriegen und darin einen Videoladen oder eine Boutique für Katzenfutter eröffnen. Meinetwegen, ich habe nichts gegen Katzen.

Aber glaubt jemand wirklich und im Ernst, daß auf solche Weise Bertolt Brecht oder Ernst Busch aus der Kulturgeschichte der Neuzeit verschwinden?!

Lothar Kusche

(Kusche las diesen Text auf einer Veranstaltung im Ernst-Busch-Haus am 22. 11. 1992, die aus Protest gegen die angekündigte und am 19. 3. 1993 verwirklichte Räumung des Hauses stattfand.)

Briefe an „RotFuchs“



Geboren im zaristischen Rußland, in der Stadt, in der einige Jahre später der Rote Oktober siegreich war, wuchs ich in Deutschland auf, lernte den Kapitalismus, sein menschenfeindliches Wesen zur Genüge kennen und entschloß mich, als Mitglied der kommunistischen Partei den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Als er die Macht an Hitler übergab, setzte ich ihn vom ersten Tage an im antifaschistischen Widerstand fort. Es war die härteste Zeit meines Lebens voll hoher Anforderungen und Entbehrungen, aber auch des Glücks, der Solidarität und Freundschaft mit selbstlosen, aufrechten Kämpfern der Illegalität und der Interbrigaden. Nach der Befreiung von Hitlerkrieg und Faschismus nahm ich am Widerstand gegen die Renaissance des Kapitalismus teil, bis ich wegen antikommunistischer Bedrohung Westdeutschland verlassen mußte. So konnte ich während der vier glücklichsten und erfolgreichsten Jahrzehnte in verantwortlichen Tätigkeitsbereichen der DDR mitarbeiten. Nun, am Ende meines Lebens, muß ich den Niedergang und die völlige Niederlage der sozialistischen Staatengemeinschaft und damit der DDR erleben. (...)

Doch die Kapitulation vor dem Gegner wäre die endgültige Unterwerfung und ein Verrat an jenen, die bisher die größten Opfer gebracht haben und bereit sind, den Kampf auch unter schwersten Bedingungen und ohne die Gewißheit des Sieges weiterzuführen. Deshalb möge auch für den Ausblick dieser Jahrhundertwende die große Alternative, die uns Georgi Dimitroff vorgelebt hat, gelten: „Eins bist du dem Leben schuldig, kämpfe oder such die Ruh“, bist du Amboß, sei geduldig, bist du Hammer, schlage zu!“

Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Berlin

Ich wünsche dem „RotFuchs“ auch im Jahre 2000 viel Erfolg. Eure Beiträge zum Erbe der DDR, zu Tschetschenien und anderen kontroversen Themen waren sehr wichtig, nicht nur inhaltlich, sondern weil sie von einer Zeitschrift der DKP kommen. Das macht die Partei attraktiv und stärkt sie. Darüber freue ich mich.

Klaus von Raussendorff, Bonn

Auch das neue Jahr wird Kommunisten und allen fortschrittlichen Kräften in der Welt viel abverlangen. Der Kampf wird härter werden, die Politik im Dienste des Monopolkapitals aggressiver nach innen und außen. Was wir vor allem brauchen, ist Klarheit in den Köpfen, in unseren eigenen Reihen, damit unsere Kampfkraft wieder wachsen kann. Das wird noch Mühe kosten, aber Mühen haben wir ja nie gescheut.

Ich wünsche Euch weiterhin Kraft, vor allem Gesundheit und ganz herzlich ein gutes Neues Jahr!

Eure Genossin Margot Honecker, Santiago de Chile

Ein rotes Herz, einen roten Stern, das hat der RotFuchs sicher gem.

Er mög, samt denen, die in ihm schreiben, uns weiterhin erhalten bleiben!

Euer Armin Stolper und Frau Christa, Berlin

Die überraschende Zusendung des „RotFuchs“ hat mich riesig gefreut. Ich wußte von der Existenz eines ehrlichen linken Blattes bis dato noch nichts. Die Artikel waren für mich alle lesens- und nachdenkenswert. Auch als Mitglied des Landesvorstandes der PDS von Mecklenburg-Vorpommern fehlen mir oftmals die einfachsten und überzeugendsten Argumente. Natürlich habe ich mich besonders gefreut, auch Mitsteiter aus M/V wie Günter Buschow und Annelie Thorndike bei Euch zu finden. Mit Freude habe ich den Kommentar von Karl-Eduard gelesen und finde, er hat nichts von seiner analytischen Überzeugungskraft verloren. Ich würde gerne zu den ständigen Lesern gehören wollen, weiß aber momentan als Arbeitsloser nicht, mit welcher Spende ich dies erreichen könnte.

Mit herzlichen Grüßen, verbunden mit der Hoffnung auf ein besseres Jahr, Euer Mitstreiter
Konstantin Brandt, Pinnow

Bemerkung der Redaktion:

Wir versenden den „RotFuchs“ natürlich auch an alle Genossen und Freunde, denen es ihre wirtschaftliche Situation derzeit nicht gestattet, durch Spenden zum Erhalt unserer Zeitung beizutragen. Wir betrachten das als ein normales Gebot der Solidarität.

An der Jahreswende möchten wir dem „RotFuchs“ und allen Genossen der DKP, die in solidarischer Verbundenheit an unserer Seite stehen, von Herzen Dank sagen. Der „RotFuchs“ ist uns ein anspruchsvoller, kämpferischer Begleiter geworden, und wir sind dankbar, daß er gegen die politische Strafverfolgung Front macht und zur Solidarität mit den Betroffenen aufruft. (...)

Allen Freunden und Genossen wünschen wir gute Gesundheit, viel Optimismus und Kraft im Kampf für eine gerechtere Gesellschaft und überhaupt alles erdenklich Gute zum Neuen Jahr.

Klaus-Dieter und Hamelore Baumgarten, Düppel/Zeuthen

Hallo, lieber „RotFuchs“, wie das Leben manchmal so spielt. Es gab im Dezember 1999 einen Tag, an dem mir im Walde in der Schorfheide ein guter Mensch den „RotFuchs“ Nr. 22 in die Hand drückte. Ich bin begeistert. In klarer Sprache wird hier die Wahrheit über das kapitalistische System gesagt. Die in den Leserbriefen bekundeten Ansichten und Meinungen geben mir Hoffnung, daß die marxistische Lehre bald wieder stärker verbreitet wird. Ich habe den „RotFuchs“ Nr. 22 fünfmal abgeleitet und an Freunde und Bekannte weitergegeben. Für die nächsten Ausgaben, die Ihr mir sicher übersenden werdet, lege ich ein paar Briefmarken und eine kleine Spende bei.

Horst Hill, Berlin

Allen Lesern des „RotFuchs“ wünschen wir ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2000. Anbei eine Spende. Macht weiter so!

DKP-Gruppe Halle-Merseburg

Ich begrüße die eindeutige Positionierung des Genossen Willi Gerns, daß die Erkenntnis, die DDR sei die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, zutrifft (UZ-Magazin, S. 22). Damit hebt er sich wohltuend ab von den schnöseligen Anmerkungen Lothar Geislers, der in diesem Zusammenhang von einem „überstrapazierten Satz“, einer „Formel“ u. ä. (S. 46/47) schwadroniert und damit zu erkennen gibt, daß er einige Probleme mit historischen Bezugsrahmen

und dem dialektischem Materialismus zu haben scheint.

Allerdings kommt Genosse Gerns dann zu Schlußfolgerungen, die so abenteuerlich sind, daß ich sie nicht zu teilen vermag. Zum Verständnis ist es unabdingbar, den von mir zu kritisierenden Passus im Original zu zitieren: „Vom Klassengegner verfolgt zu werden, ist für Kommunisten normal. Bitterer ist der Haß der eigenen Klassengenossen. Ich führe das an, damit verstanden wird, wie verletzend es für uns Kommunisten im Westen ist, wenn uns heute hier und da, offen oder verdeckt, ein gebrochenes Verhältnis zur DDR unterstellt wird. Und dabei wird manches geradezu an den Haaren herbeigezogen. Ein Beispiel dafür ist der Leitartikel in der Juli-Ausgabe des RotFuchs. Was soll das, wenn dort gegen die Erklärung zu den Jahrestagen der Gründung der Bundesrepublik und der DDR polemisiert wird, weil man angeblich diese beiden Staaten nicht miteinander vergleichen und sie nicht in einem Dokument behandeln darf.“

Notwendige Korrekturen:

1. Genosse Gerns unterstellt der „RotFuchs“-Redaktion einen „Haß“ auf die „eigenen Klassengenossen“. Ich bin Abonnent des „RotFuchs“ und kann daher höchst offiziell bestätigen, daß eine solche Emotionalisierung in keiner der seit Nr. 1 erschienenen Ausgaben jemals vorgekommen ist!

2. „... Wie verletzend es für uns Kommunisten im Westen ist, wenn ...“ Ich bin Kommunist (seit 1971 in der DKP organisiert) aus dem tiefen Westen, nämlich aus Essen, habe dort immer gelebt und mich trotz Kapitalismus und alledem beheimatet gefühlt. Und dennoch (?) halte ich den zweiten Teil der DKP-Erklärung zum 50. Jahrestag der BRD und der DDR für den bisherigen Tiefpunkt der ideologischen Positionierung unserer Partei. Watt jetzt? Bin ich nun Opfer der haßerfüllten „RotFuchs“-Demagogie? Oder ist es doch eher so, daß nicht nur ich, sondern auch eine nicht zu vernachlässigende Anzahl der westdeutschen DKP-Mitglieder diese unsägliche Erklärung für zumindest problematisch halten?

3. Die UZ-Magazine sollen per Selbstverständnis und richtigerweise ein Massenmaterial sein, also Broschüren, die auch separat und mittelfristig an Interessenten verteilt/verkauft werden. Was den Genossen Willi Gerns dazu getrieben hat, in einem solchen Massenmaterial eine derart massive Auseinandersetzung (um nicht zu sagen Denunziation) mit der „RotFuchs“-Redaktion und damit mit den nicht gerade unbekannten und unbedarften Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe Berlin Nordost anzuzetteln, würde nicht nur ich gerne wissen.

Ich erwarte von der UZ-Redaktion, daß dieser Leserbrief ungekürzt veröffentlicht wird und sende ihn natürlich auch an die Redaktion des „RotFuchs“, ebenfalls mit der Bitte um eine ungekürzte Veröffentlichung.

Heinz-W. Hammer, Essen

Einen Beitrag zur Unterstützung übermittelt ein Euch unbekannter Freund aus Spremberg.
Joachim Plichta

Ich möchte gerne Dauerbezieher Eures „RotFuchs“ werden. Diese Zeitung ist informativ, sachlich und hoffnunggebend. Durch Freunde wurde ich Mitleser des „RotFuchs“. Doch das Mitlesen genügt mir nun nicht mehr. Anbei etwas Futter für das Füchlein.
Herzliche Grüße, **Hans-Dieter**

Bitte der Redaktion

Unser Leser Hans-Dieter hat leider nicht mit vollem Namen gezeichnet. Wir bitten ihn um Vervollständigung des Namens und Übermittlung der Anschrift.

Aufgrund einer Havarie kommen wir im Augenblick nicht an seine pere-mail mitgeteilte Adresse heran.

Liebe „RotFüchse“, die „Dritte Phase“ von Georg Fülberth (Gastkolumne in der UZ vom 19.11.99) veranlaßt mich zu diesem Leserbrief. DKP- und DDR-Vergangenheit sind ein Stück gemeinsames Leben, das für uns Kommunisten auch durch enge Verbundenheit im gemeinsamen Kampf geprägt wurde. Nach 1989 bekam alles ein anderes Gesicht. Seit dieser Zeit bin ich Abonnentin der UZ und muß immer wieder feststellen, daß man darin seltsame Blumen blühen läßt, ohne die Dinge in der Diskussion prinzipiell auf den richtigen Nenner zu bringen. (...)

Aus den Dokumenten der 7. PV-Tagung erfahren wir von dem unvermeidbar hohen Abgang an Mitgliedern und UZ-Abonnenten. Frage: Wenn eine Partei mehr Mitglieder verliert als neue hinzukommen - hängt das dann nicht auch mit der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft ihrer Konzeption zusammen? Und nun kommt Fülberth mit dieser Gastkolumne. (...) Im November-„RotFuchs“ habt Ihr Szalkiewicz zitiert: „Wirklichkeit und Einfluß einer marxistischen Organisation stehen und fallen mit ihrem theoretischen Niveau.“ Zum theoretischen Niveau gehört aber auch, wie man mit einer Wissenschaft umgeht, ob man sie ernst nimmt oder andauernd „berichtigend“ will.

Ich meine, es geht heute, da wir noch in der tiefsten Repression stecken, um die Revolution in den Köpfen, um die Wieder-Aneignung eben jener marxistischen Wissenschaft. Es geht um die theoretische Untersuchung unserer praktischen Erfahrungen und die Diskussion darüber - aber nicht im Geist des Neubert/Steigerwald-Artikels. Nehmen wir lieber Lenin, „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Die Historie ist zwar von vorgestern, aber die Hintergründe und die analytische Methode sind relevant für den heutigen Kampf. (...)

Ingeborg Böttcher, Altlandsberg

Wir möchten uns für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“ herzlich bedanken. Wir sind immer wieder erfreut, daß wir von Menschen gleicher Gesinnung erfahren. Nur sind wir ratlos, wie diese heutigen Verhältnisse in positiver Weise verändert werden können. Wir möchten auch weiterhin den „RotFuchs“ lesen und bitten um Übermittlung.

Dr. Eva-Maria und Dr. Gerhard Scholz, Berlin

Durch einen guten Freund in Pankow kam ich zu Eurer Zeitschrift. Schickt mir bitte weiterhin den „RotFuchs“ - eine notwendige Zeitung in der für uns so finsternen Zeit. Anbei eine Spende.

Heinz Börner, Großnaundorf

Die Haltung des PV der DKP bezüglich des „RotFuchs“ gibt mir zu denken. Warum ist sein Erscheinen für die DKP-Führung „ein Problem“, das „gelöst“ werden muß? Die Zeitschrift ist doch ein wichtiges Sprachrohr zur Verbreitung der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Warum soll die Gruppe Berlin Nordost ihre Möglichkeiten nicht nutzen, diese Ideen unter die Leute zu

bringen? Allein im Rahmen der „Sperlingsgasse“ zu denken, bedeutet Stillstand und schließlich Tod. Diese Feststellung las ich kürzlich an anderer Stelle.

Wir alle bedürfen geistiger Nahrung. Der „RotFuchs“ hat kluge Streiter an seiner Seite, die unseren Wissenshunger zu stillen versuchen. Diese geistig, politisch und moralisch hochstehende Zeitschrift soll nicht aufstecken, wenn Kleingeister an ihr herumnörgeln. Nicht nur ich sage: Danke, daß es den „RotFuchs“ gibt. Dank allen, die sich ihm verbunden fühlen und dazu beitragen, das kleine Blatt über Wasser zu halten.

Gretel Neumann, Dresden

Auf diesem Wege meinen Dank allen Genossen und Freunden aus der gemeinsamen Jugendzeit beim Wiederaufbau unseres Landes, aus der Dienstzeit in den VP/KVP-Einheiten und Schulen, aus den Verbänden und Stäben der NVA, aus den linken Parteien und Organisationen, die sich uns verbunden fühlen und die mir zum 70. Geburtstag Grüße übermittelten. Ich versichere ihnen, daß ich für mein Leben einstehe und überzeugt bin, daß wir besser waren als der käufliche „Zeitgeist“ es heute zu suggerieren sucht. Er wird unseren Anteil an der Geschichte Deutschlands auf Dauer weder verfälschen noch eliminieren können.

Joachim Goldbach, JVA Hakenfelde

Ich bedanke mich ganz herzlich für die ständige Zusendung des „RotFuchs“, der immer besser wird. Für Eure Arbeit eine kleine Spende. Ein erfolgreiches Jahr im Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung, Dummheit und westdeutsche Siegerjustiz, für Frieden und soziale Gerechtigkeit wünscht Euch allen

Jens Wunderlich, Stecklenberg/Harz

(...) Wiesieht die Konstellation der Kommunisten und marxistischen Linken in Gesamtdeutschland gegenwärtig aus? In politisch-organisatorischer Hinsicht haben wir es trotz mancher ideologischer und theoretischer Übereinstimmung mit einem charakteristischen Partikularismus zu tun, existent im Pluralismus der PDS im Osten bis zur DKP im Westen und Osten, in Gruppierungen verschiedener Art, vorwiegend sich äußernd in einigen Dutzend Publikationen und Zeitungen für sich überschneidende oder exklusive Leserkreise, kunterbunt und beliebig, für jeden wenigstens etwas. Einzelne Kommunisten sind aus prinzipiellen Gründen nicht parteigebunden, andere fühlen sich aus der DKP ausgegrenzt oder sind es faktisch. (...)

Animiert zu dem, was für mich daraus folgt, hat mich der Bericht im Dezember-„RotFuchs“ von „einer bemerkenswerten Konferenz“ mit dem Titel „Der gemeinsame Nenner“. Es sei seit Jahren „der erste geglückte Versuch, die marxistischen Linken in einer solchen Konferenz zusammenzuführen“. (...)

Im Zuge einer Beantwortung der Leninschen Frage „Was tun?“ kann ich mir darunter nur die organisatorische Wiedergeburt einer einheitlichen kommunistischen Partei vorstellen, die den Namen „Neue Kommunistische Partei Deutschlands“ (NKPD) trägt. Erst dann bekäme eine Aktionsgemeinschaft aller Kommunisten wieder reale Chancen, prägenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Richtung revolutionär-demokratischer gesellschaftlicher Veränderungen und Sozialismus zu nehmen. (...) Ich halte dabei für unumgänglich, sich an bewährten historischen

Erfahrungen im Geiste der marxistisch-leninistischen Parteitheorie zu orientieren, die dem „modernen“ Revisionismus sinnlos geopfert wurde. Es hat keinen Sinn, etwas Neues erfinden zu wollen. (...)

Willi Belz, Kassel

An der Schwelle des neuen Jahres 2000 möchte ich dem gesamten Kollektiv der Zeitung „RotFuchs“ für die schöpferische, fleißige Arbeit danken und ihm viel Erfolg wünschen. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir auch künftig mit dieser unserer Zeitung - zur Freude aller Marxisten-Leninisten - neue Siege an der ideologischen Front erringen werden.

Karl Hertel, Dessau

Für mich als Kommunist in der PDS ist der „RotFuchs“ nicht nur sehr interessant, sondern auch eine wertvolle Hilfe und Informationsquelle bei der politischen Arbeit. Er vertritt am eindeutigsten seinen politischen Standpunkt und hat bewiesen, daß er auf dem richtigen Weg ist. Besonders wichtig ist mir das beharrliche Eintreten der Zeitung für ein sofortiges Ende der politischen Strafverfolgung in Deutschland und die Solidarität mit allen Verfolgten der BRD-Klassenjustiz. (...)

Ich glaube, das kapitalistische System, wo der Mensch - wie ich es regelmäßig auf dem Arbeitsamt erlebe - nur eine Nummer ist, verdient die konsequente Opposition aller Linken. Dazu sind nicht zuletzt gemeinsame Aktionen von PDS und DKP notwendig. Dies sei Diether Dehm, André Brie, Bernd Rump und anderen ins Stammbuch geschrieben.

Meine Bitte an den „RotFuchs“. Bleib weiter auf der richtigen Spur und laß Dich dabei von niemandem auf eine falsche Fährte locken.

Andreas Krämer, Gersdorf

Dem „RotFuchs“ ein kämpferisches Jahr!!!

Eva und Dr. Fritz Welsch, Berlin

In Walter Floraths Artikel „Leoparden in den Kaukasus“ (RF, Nr. 22), den ich sehr erhellend fand, schreibt der Autor u. a.: „Hätten die Russen 'ihre' Kolonien weiter ausgebeutet, wäre der Lebensstandard in Zentralrußland bis 1941 gewiß auf das Niveau Italiens oder Finnlands gestiegen!“

Das erinnert mich an ein Material, das ich vor einigen Jahrzehnten mal gelesen habe. Die Quelle ging mir aber leider verloren. Darin wurde ein Freund des englischen Außen- und Premierministers Disraeli zitiert, der diesem um 1870 aus den Kolonien schrieb: „Wir sind deshalb in den Kolonien, damit das Mutterland von der Revolution verschont bleibt!“ Vielleicht ist Euch dieser Ausspruch oder gar sein Ursprung auch bekannt.

Hubert Bachhofen, Weilburg

Liebe Genossen „RotFüchse“, ein erneutes großes Lob an Euch und diese Zeitung, die für viele im heutigen Mediendschungel und im von anderen entdeckten „sozialdemokratischen Zeitalter“ als ein zwar noch kleiner, aber heller Leuchtturm wichtige Orientierungen gibt. Vielleicht gelingt es einmal, die ideologischen Probleme und Widersprüche in einem gut vorbereiteten Kolloquium o. ä.

kontrovers, aber sachlich und konstruktiv zu debattieren. Das wäre für alle positiv und für die Partei eine Notwendigkeit. Beiliegend ein bescheidener Gruß.

Gerhard und Brigitte Niebling, Groß Dölln

Habt Dank für die Zusendung des „RotFuchs“, der in so vielen Beiträgen - immer den Prozessen auf den Grund gehend - ein Lichtblick, ein Hoffnungsschimmer und eine Alternative zu dieser - nicht unserer - Gesellschaft darstellt. Es gilt, diese Zeitung so vielen Bürgern wie nur irgend möglich zu empfehlen, um einen Beitrag dazu zu leisten, daß diesem Spuk irgendwann ein Ende gesetzt wird. Eine Spende für Briefmarken.

Elke und Karl Späth, Luckenwalde

Ich danke Euch für die regelmäßige Übersendung Eurer Zeitung. Sie gibt mir viele wertvolle Informationen und bringt Klarheit in oft nicht leicht zu durchschauende politische Vorgänge. Ich begrüße, daß der „RotFuchs“ (Nr. 22) die Diskussion zwischen Theoretikern aus Ost und West aufnimmt. Ich halte das für besonders wichtig, da man nicht auch noch innerhalb der DKP Mauern aufbauen sollte. Anbei eine Spende.

Ursula Geipel, Chemnitz

Das Allerallerbeste für das düster beginnende zweite Jahrtausend! Ich wünsche Euch weiter Mut und Hingabe. Den im „RotFuchs“ genannten Politgefangenen habe ich vor etwa 14 Tagen je ein Exemplar meiner Maurin-Broschüre gesandt.

Anbei eine Spende für den „RotFuchs“. Herzliche Grüße

Fritz Teppich, Berlin

Mit Interesse las ich in dem Beitrag „Das Haus am Dammweg“ über die bis in die Kriegsjahre zurückreichende Bekanntschaft Klaus Steinigers mit Prof. Karl Bittel.

Ich kann mich - obwohl ich ihn nie persönlich kennenlernte - an seinen Namen noch gut erinnern, war er doch Chefredakteur der KPD-Zeitung „Unser Tag“ in Offenburg. Ich sollte bei diesem Blatt einmal (1946 oder 47?) als Volontär anfangen. (...) Es hat sich dann aber zerschlagen. Ich war gewiß auch noch nicht völlig geeicht, denn sowohl im Elternhaus als auch sonstwo bekam ich wegen meiner KPD-Lastigkeit viele Schwierigkeiten. Aber auch in der Partei selbst, wo es damals noch heftige Differenzen zwischen zurückgekehrten Emigranten und „Dagebliebenen“ gab. Es war eben alles noch sehr unangeordnet und beruhigte sich erst in den folgenden Jahren. Mein späterer Freund Rudi Goguel, damals Lizenzträger der KPD beim „Südkurier“ in Konstanz, der dann bis zu seinem frühen Tode bei einem wissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität tätig war, riet mir, noch etwas abzuwarten und erst meine Kenntnisse zu erweitern. Aber der Name Prof. Karl Bittels, der fast täglich im Blatte erschien, war mir damals schon ein Begriff.

Gerhard Moest, Leipzig

Vielen Dank für die erstmalige Belieferung mit dem „RotFuchs“. Ich habe ihn mit Gewinn gelesen und würde mich über eine weitere Zusendung freuen.

Mit solidarischen Grüßen an die „RotFuchs“-Redaktion und einer kleinen Unterstützung.

Karl Wild, Potsdam

Da sind wir also ins nächste Jahrtausend eingetreten. Na und? Was hat sich geändert? Nichts. Der Winter regiert wie immer, das Kapital auch und das Wort Millennium kann keiner mehr hören. Achja, eine Änderung gibts natürlich: Wir schreiben jetzt 2000. Dem schließen sich Moslems nicht an und im jüdischen Kalender wird ebenfalls anders gerechnet. Und da es ein Jahr 0 nicht gegeben haben soll, befinden Mathematiker dar-

über, ob wir uns nun tatsächlich schon in einem neuen Jahrtausend befinden oder nicht. Na wichtig! Streit um des Kaisers Bart. Gehen wir also zur Tagesordnung über. Und deshalb sei hier mal aus einem durchaus aktuellen Büchlein zitiert, das 1826 erschien: Geschichte Englands. Herausgegeben und beschrieben von einem Herrn J. H. G. Heusinger, seines Zeichens „Professor an dem Königl. Sächs. adligen Cadetten-corps und an der Militäracademie in Dresden“.

1728 (!): „Robert Walpole... stand an der Spitze der Geschäfte (des Staates). Der Einfluß, den er auf das Parlament ausübte, machte ihn beinahe allmächtig. Vor ihm war die Verkäuflichkeit der Stimmen etwas ganz Gewöhnliches; doch hatte man nicht die Frechheit, die öffentlich bekannt zu machen. Walpole rühmte sich, die Majorität im Parlamente und den Gewissenstafel in seinem Beutel zu haben... Die Bestechlichkeit verbreitete sich allmählig aus einer Classe in die andere. Es wurde die Casse der Unterstützungsgelder gestohlen. Mehrere Männer von Bedeutung wurden compromittiert, unter anderem sieben Glieder des Unterhauses, welche das Parlament ausschloß, so beglaubigt war die Ehrlosigkeit! Und dieses gibt eine Idee von der Habgierde und von der Raubsucht, die damals herrschten.“

Damals?

Joachim Loeb, Berlin

In dem Beitrag von Günter Buschow zu „Tops und Flops“ auf S. 12 (Nr. 22) wird mal wieder das berühmte Zitat aus dem „Kapital“ betreffend den „Horror des Kapitals vor der Abwesenheit von Profit“ Karl Marx zugeschrieben. Marx zitiert seinerseits aber nur einen englischen Gewerkschafter. Selbstverständlich tut er das als Identifizierung mit dieser Meinung, doch die Formulierung selbst stammt eben nicht von ihm.

Rolf Vellay, Datteln

Unter vielen sehr zutreffenden Beiträgen möchte ich „Das Flaggschiff“ von Klaus Steiniger im RF Nr. 23 herausgreifen. Es geht hier um das gewandelte ehemalige „Flaggschiff“ ND und seinen einstigen Chefredakteur Reiner Oschmann. (Dessen Nachfolger Jürgen Reents scheint mir kaum anders zu sein!)

Die „Reformer“ des ND hatten wohl allen Grund, die marxistisch-leninistische Losung „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ als erstes aus dem Kopf der Zeitung zu streichen. So etwas gehört eben zur Anpassung!

Mir fiel Oschmanns einstiger Kommentar besonders auf, in dem er die Gesellschaftsordnung der DDR als „Mehltausendzismus“ verunglimpfte.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Dank für Unterstützung und berechtigte Hinweise

Wir danken allen Lesern, die dem „RotFuchs“ geschrieben und ihn wie immer solidarisch unterstützt haben. Der legendäre Walter Grenzbach - seit Jahrzehnten der wohl tüchtigste Mann beim „Neuen Deutschland“ - hat telefonisch zu dem von ihm als anregend betrachteten Artikel „Das Flaggschiff“ (RF Nr. 23) mitgeteilt, dem Autor seien offenbar einige Details entfallen. So habe es in der Druckerei des ND niemals einen „Karl-Marx-Saal“, stattdessen aber einen „Wilhelm-Pieck-Saal“ gegeben. Und in diesem sei keinerlei Imbiß angeboten worden. Der Autor entschuldigt sich für die plötzliche Alzheimer-Attacke und dankt dem wachsam Genossen für seine Kritik. Die Redaktion

Freispruch für Erich Gaida rechtskräftig

Geplatzt wie eine Seifenblase

Ein Gesinnungsprozeß ist wie eine Seifenblase geplatzt. 18 Monate Untersuchungshaft in der Einzelzelle, Haussuchung bei Abwesenheit des Beschuldigten, 20 Zeugenvernehmungen vor Gericht, Antrag der Staatsanwaltschaft auf sechs Jahre Freiheitsentzug, dann das Urteil: Freispruch aus tatsächlichen Gründen. Anschließend Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft, der jetzt - nach anderthalb Jahren zermürbenden Wartens des Freigesprochenen - sang- und klanglos zurückgezogen werden mußte.

Das sind die nüchternen Fakten des vergeblichen Versuchs der Kriminalisierung von Erich Gaida, einst Oberst im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Der Prozeß mußte so enden, weil gegen den Angeklagten auch nicht der Anflug eines Schuldbeweises erbracht werden konnte. Die Anklage beruhte auf haltlosen Verdächtigungen. Dennoch berichtete die auf antikomunistische Stimmungsmache bedachte Boulevardpresse damals genüsslich von den „kriminellen Handlungen eines Stasi-Offiziers“. Die Ermittlungen hätten zum „Auffinden der verschwundenen Stasi-Millionen“ geführt.

Heute sucht man vergeblich nach einer Meldung über die endgültige Rehabilitierung des Genossen Erich Gaida. Es würde auch nicht ins Bild der schon ein Jahrzehnt andauernden Lügenkampagne der Medien über die Arbeit des MfS passen.

Um so mehr ist es dem „RotFuchs“ ein Anliegen, seine Leser über den Ausgang dieses Verfahrens vor dem Moabiter Landgericht zu informieren. Wir freuen uns über einen Sieg der Gerechtigkeit und gratulieren dem aufrechten Tschekisten von ganzem Herzen.

Kurt Andrá

Solidarische Grüße an unsere politischen Gefangenen

**Klaus-Dieter Baumgarten
Bernhard Geier
Joachim Goldbach
Heinz Handke
Egon Krenz
Harald Ludwig
Rainer Rupp
Hans-Werner Schaaf**

**Wir fordern ihre
sofortige Freilassung!**

Herzliche Glückwünsche



Am 26. Januar begeht der verdienstvolle Kämpfer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung

Genosse Heinz Keßler,

Armee general a. D. und ehemaliger Verteidigungsminister der DDR, seinen 80. Geburtstag.

Wir sehen in dem Jubilar einen vom Klassenfeind verfolgten, von den Faschisten zum Tode verurteilten und von der BRD-Justiz lange Zeit widerrechtlich eingekerkerten Kommunisten und Revolutionär, der seinen Prinzipien stets treu geblieben ist und sein ganzes bisheriges Leben in den Dienst der proletarischen Sache gestellt hat. Als junger Arbeiter und Genosse, als Angehöriger der faschistischen Wehrmacht, der zur Roten Armee übergang, als Frontbeauftragter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und Antifaschist in der Sowjetunion, als Mitglied der Gruppe „Ulbricht“, als hervorragender Funktionär der ersten FDJ-Generation und als führender Militär der Deutschen Demokratischen Republik hat er Großes geleistet.

Die DKP-Gruppe Nordost und die Redaktion des „RotFuchs“ wünschen Heinz Keßler und seiner Frau - unserer Genossin Ruth - noch viele Jahre bestmöglicher Gesundheit, persönliches Glück und eine weitere aktive Teilnahme an unserem gemeinsamen Kampf.

Herzlichen Glückwunsch unseren Genossen Jürgen, Katrin, Knut, Marta und Steffi, die in diesen Tagen eine weitere Jahreshürde zu nehmen entschlossen sind.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wahlberichtsversammlung der Gruppe Nordost

Wir machen alle Mitglieder und engeren Sympathisanten sowie die eingeladenen Gäste noch einmal darauf aufmerksam, daß die **Wahlberichtsversammlung der Gruppe Nordost am Sonnabend, dem 29. Januar 2000, von 10.30 Uhr bis gegen 16.00 Uhr** im Haus am Franz-Mehring-Platz stattfindet.

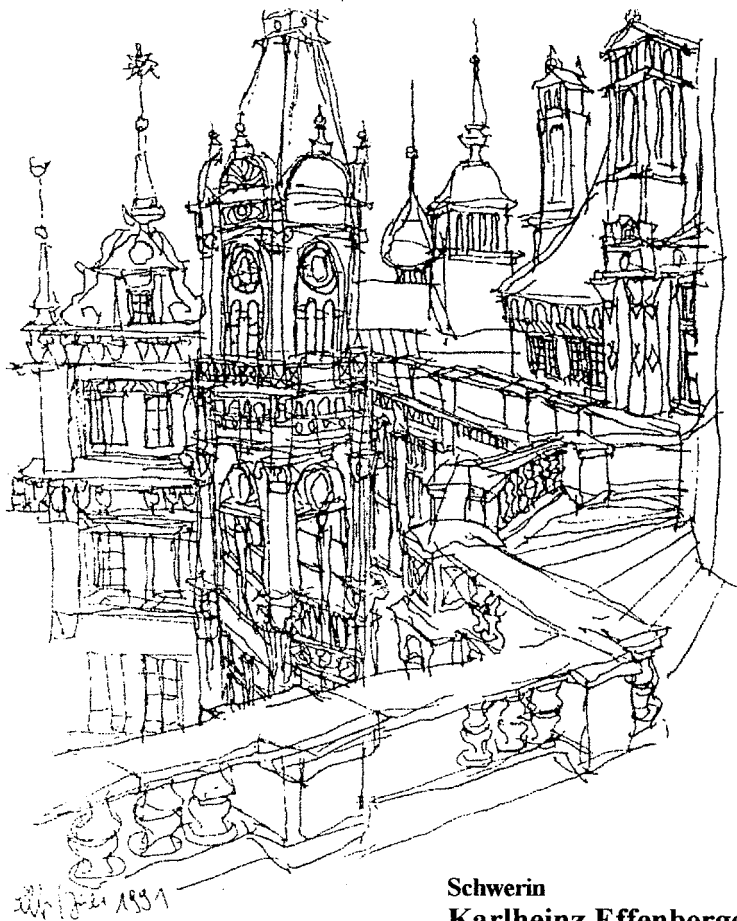
Wir bitten alle Genossinnen und Genossen um ihr Erscheinen.

Am **6. Februar 2000** findet in der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals die traditionelle Kundgebung anlässlich des Jahrestages der illegalen Tagung des ZK der KPD im Februar 1933 statt.

Es spricht Genosse **Dr. Kurt Gossweiler**.

Beginn: 11.30 Uhr (Busverkehr ab Bahnhof Königs Wusterhausen)

Am **Dienstag, dem 22. Februar 2000 um 19.00 Uhr** findet im Haus am Franz-Mehring-Platz eine Mitgliederversammlung der Gruppe Nordost in Vorbereitung auf die Bezirkswahlversammlung am 4. März 2000 statt. Mitglieder und engere Sympathisanten sind dazu eingeladen. Ab März werden wieder öffentliche thematische Veranstaltungen der Parteigruppe durchgeführt.



Schwerin
Karlheinz Effenberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bubltz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Eßbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Dr. Norbert Paulig

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.